

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Stern-Druckerei 2/6, und durch Selbstbestellung zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen 2.50, festes Postgeld 2.00, wo keine Post bezogen 2.50.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Abbestellungsbedingungen für die einjährige Colonat- oder dreimonatige Colonat-Verträge unter Zugrundelegung der Arbeitsmarkts-Verhältnisse. Preis für die einjährige Colonat-Verträge 15 Pf. für die dreimonatigen 10 Pf. Invergabe für die unedle Colonat-Verträge die Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon  
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon  
Expedition 1206.

Nr. 79.

Breslau, Sonnabend, den 5. April 1913.

24. Jahrgang.

## Der Kampf um die Dedung.

Der Reichstag, in dem am Mittwoch einige Redner laut Tagesordnung über das Fideikommisswesen sprechen mußten, hat mittlerweile in Wandelgängen und Restaurant, in Eten und Wein, Jürten und Konventikeln über die große Frage des Tages verhandelt. Wird über solche Verhandlungen auch kein Protokoll geführt, so steht ihr Ergebnis doch mit aller Sicherheit fest. Die Militärvorlage wird von den bürgerlichen Parteien angenommen, um die Dedungsfrage wird sich aber zwischen ihnen ein heftiger Kampf entspinnen, dessen Ende nicht abzusehen ist.

Das Schicksal der Heeresvorlage ist jedoch mit den Dedungsgesetzen zeitlich eng verbunden. Bisher besteht die Absicht, zunächst unter den bürgerlichen Parteien eine Einigung in der Steuerfrage zu erzielen und dann erst die Militärvorlage anzunehmen. Aber schon jetzt erheben sich im bürgerlichen Lager Stimmen, die auf die Unangbarkeit dieses Weges hinweisen und die Trennung der Militärvorlage von der Dedungsfrage für unvermeidlich halten. Das heißt also: die bürgerliche Mehrheit würde gegen der erbitterten Widerstand der Sozialdemokratie alles bewilligen, was der Generalstab fordert, und dann in die Ferien gehen, ohne für die Dedung der ungeheuren Ausgaben Sorge getragen zu haben.

Auch an neuen Auflösungsgerichten hat es natürlich nicht gefehlt. Liberale Geschichtsträger verbreiten die Färschicht, die Regierung sei entschlossen, den Reichstag aufzulösen, falls er nicht bis Pfingsten alles erledigt habe. Das wird sich die Regierung wohl noch überlegen. Käme es aber wirklich zu der — gänzlich unwahrscheinlichen — Auflösung, so wäre die sozialdemokratische Partei die Letzte, die etwas von ihr zu fürchten hätte.

Anknapp vor dem Zusammentritt des Reichstags haben übrigens auch die Parteien der Rechten in ihren Organen ihre Stellung derart präzisiert, daß man von ihren Fraktionsbeschlüssen wohl keine Ueberraschungen zu erwarten hat.

Die Junker erklären sich in der „Kons. Korrespondenz“ mit der Vergrößerung des Heeres selbstverständlich einverstanden. Die geplante Besteuerung des Besitzes finden sie zwar nicht „grundsätzlich und tatsächlich voll berechtigt“, wollen aber darum doch nicht ihre Mitarbeit versagen. Dann heißt es wörtlich weiter:

Insbesondere ist sie (die konservative Partei) bereit, neben dem Wehrbeitrag auch für die laufenden Zwecke noch eine weitere allgemeine Besteuerung zu bewilligen. Dabei können wir dem Regierungsvorschlag zustimmen, soweit er dahin geht, die Ausgestaltung der Besteuerung den Einzelstaaten zu überlassen und den Reichstag für die Oberverteilung aus der für den Wehrbeitrag vorzunehmenden Veranlagung des Vermögens zu entnehmen. Wir halten diesen Vorschlag für die verhältnismäßig beste Lösung der schwierigen Aufgabe, den Besitz mit einem möglichst geringen Eingriff in das Finanzgebiet der Einzelstaaten für Zwecke des Reiches in Anspruch zu nehmen. Im übrigen aber scheint uns die Vorlage schwere grundsätzliche Bedenken zu bieten, einmal, weil nicht darauf verzichtet worden ist, gegen die Einzelstaaten das Zwangsmittel eines subsidiären Reichsbesitzsteuergesetzes anzuwenden, und ferner, weil dieses Besitzsteuergesetz sich nicht davon fernhält, auch die Erbschaften der Ehefrauen und Kinder mit einer Reichssteuer zu belegen. Wir fürchten, daß die Aufnahme dieser beiden Vorschläge in die Regierungsvorlage nach zu großen Schwierigkeiten führen wird, und wir glauben nicht, daß die konservative Partei dem zustimmen wird.

Zurück, ob die im Jahre 1909 maßgebend gewesen seien grundsätzlichen und praktischen Bedenken gegen das Erbrecht des Staates und gegen die Besteuerung der Vermögensgegenstände sich werden überwinden lassen, wollen wir der konservativen Fraktion nicht vorgehen.

Die „veredelten Matrikularbeiträge“ sollen also als Surrogat für eine wirkliche allgemeine Reichsbesitzsteuer mit aller Gewalt durchgedrückt werden. Und das ist durchaus begründet, denn vom Standpunkt des besteuerten Einzelmannes aus erscheinen sie als das Kleinste von allen Uebeln. Eine Steuer, die in ihren Erträgen begrenzt und von den Einzelmitgliedern beschloffen wird, wo die Interessen des Großgrundbesitzes ja nicht zu kurz kommen, ist den Herrschaften durchaus erträglich.

Durch welche Taktik nun erreicht werden soll, daß die Schwarzblauen in der Steuerfrage ihren Willen bekommen, das verrät das Berliner Zentrumsblatt, die „Germania“, in einem Artikel, in dem ausgeführt wird:

Auf eine Verständigung mit der Sozialdemokratie ist freilich kaum zu rechnen. Somit ist nur auf eine Verständigung unter den bürgerlichen Parteien und mit der Regierung zu rechnen. Das nächste Ziel dieser Verständigung müßte dahin gehen, daß dieselbe Mehrheit, welche die Wehrvorlagen bewilligt, auch für die Dedungsvorlagen eintritt. Es geht doch, unabhängig an, daß z. B. eine rechtsdenkende Mehrheit die Heeresvergrößerung bewilligt — nehmen wir an, auch mit Zustimmung der Fortschrittspartei, aber gegen die Sozialdemokratie — daß dann aber eine linksdenkende Mehrheit durch die große Mandatsmajorität der Sozialdemokraten in die Lage versetzt wird, die Kostenbedingung nach ihrem Wunsch und Willen im Gegensatz zu denjenigen Parteien zu bewilligen, die allein die Bewilligung der Heeresvergrößerung zustande gebracht haben.

Mit Rücksicht darauf halten wir es auch für vollständig ausgeschlossen, daß der Reichstag die neue Militärvorlage abgeschlossen noch vor Pfingsten erledigt, die Dedungsfrage aber den weiteren Verhandlungen, eventuell sogar einer Herbstsession zur Erledigung überweist. Wehrvorlage und Dedungsvorlage gehören ihrer Natur nach untrennbar zusammen und müssen deshalb auch zusammen von derselben Mehrheit beraten werden, wenn auch die Regierung es unterlassen hat, diesem inneren Zusammenhang durch ein „Mantelgesetz“ offenen Ausdruck zu geben.

Zeigt die „Konservative Korrespondenz“ das Ziel, so weist die „Germania“ den Weg. Die liberalen Parteien sollen sich damit einverstanden erklären, daß die Sozialdemokratie als nicht existierend betrachtet wird. In einem Kumpfparlament, das ohne Sozialdemokraten Beschlüsse faßt, haben aber die Schwarzblauen über die Liberalen die überwältigende Majorität. Erkennen diese den Grund dafür an, daß dieselbe Parteigruppierung, die die Wehrvorlagen bewilligt, auch die dazu gehörigen Steuern machen soll, dann hat man sie, wo man sie haben will, dann werden sie platt an die Wand gedrückt und müssen zu allem, was die Schwarzblauen wollen, Ja und Amen sagen.

Man sieht, die Rechnung ist ungeheuer einfach. Ob aber das felsenfeste Vertrauen, das die Schwarzblauen Parteien in die Dummheit der Liberalen setzen, sich als berechtigt erweisen wird, muß die Zukunft lehren. Einstweilen läßt die Haltung der liberalen Presse noch nicht die Vermutung zu, daß sich die bürgerliche Linke diesmal so ohne weiteres in die Gefangenschaft der Rechten und Ritter begeben wird.

## Eine Luftschiff-Fahrt nach Frankreich.

Zwei Tage, nachdem die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ die patriotische Presse um Verschweigung aller Neuierungen auf militärischem Gebiete ersucht hat, muß der deutschen Luftschifferabteilung das Recht passieren, mit einem ungeheuren Ballon nach Frankreich verschlagen zu werden und den dortigen Behörden in die Hände zu fallen. Ueber das peinliche Ereignis liegen folgende Telegramme vor:

**Buneville, 3. April.** Heute vormittag landete infolge Motordefektes auf dem hiesigen Marsfelde ein mit drei deutschen Offizieren in Uniform bemannter, in Frescati bei Metz aufgestiegener Zeppelinballon. Die Bevölkerung strömte in großen Massen herzu. Ein Jägerbataillon hält den Zutritt ab.

Das in Buneville gelandete Luftschiff war Donnerstag früh 6 Uhr in Friedrichshafen aufgestiegen. Es ist das Luftschiff „Z IV“ und gehört dem Luftschiffbau Zeppelin. Es steht unter Führung des Kapitäns Glumb. Die an Bord befindlichen Offiziere gehören der Abnahmekommission an.

**Buneville, 3. April.** Als das Zeppelin-Luftschiff auf dem Marsfelde landete, hielt dort gerade eine berittene Jägerbrigade Übungen ab. General Lescoz verhörte die Offiziere, die erklärten, heute früh 6 Uhr in Friedrichshafen aufgestiegen zu sein. Sie hätten einen größeren Flug ausführen wollen, seien aber durch Wolken über die Richtung getäuscht worden und verfehlentlich nach Buneville gelangt. Der Ballon wird von Militär bewacht. Der Unterpräfekt und der Staatsanwalt sind hier eingetroffen.

**Buneville, 3. April.** Die Offiziere des Zeppelin-Luftschiffes erklärten, sie hätten im Großherzogtum Baden landen wollen, aber der Ostwind habe sie abgetrieben. Außerdem habe ein Motordefekt vorgelegen. Sie hätten mehrere Forts passiert. Ueber dem Fort Mannovilliers hätten sie Keiterei gesehen und geglaubt in der Gegend von Saarburg zu sein und wären gelandet. Uebrigens sei der Benzinvorrat erschöpft gewesen. Das Luftschiff sei auf der Probefahrt begriffen gewesen und von der Militärbehörde noch nicht abgenommen. — In Nancy hatten sie ein merkwürdiges Zusammenreffen mit französischem Militär. Gerade in der letzten Nacht wurden interessante Manöver vorgenommen. Mit Scheinweibern ausgerüstete Automobile hatten Ballons zu suchen, die gleichzeitig mitten in der Nacht Landungsübungen ausführen sollten. Infolgedessen wurde das Luftschiff von einem Offizier in der Dunkelheit in großer Höhe entdeckt und auch eine Zeitlang verfolgt.

Aus Paris, 3. April, wird noch gemeldet: Das bei Buneville niedergegangene deutsche Luftschiff ist mit Befehl belegt worden. Die Besatzung wird verhaftet. Ein Offizier der Luftschifferabteilung des französischen Kriegsministeriums ist nachmittags nach Buneville abgereist. Von unrichtiger Seite verlautet, daß man hier weit davon entfernt ist, der Landung des deutschen Luftschiffes eine tiefer liegende Bedeutung beizumessen. Man erklärt, es handele sich um einen Vorfall, welcher lediglich vom Gesichtspunkte der Luftschiffahrt aus Interesse haben könnte.

Als Kriegsgrund dürfte die verunglückte Irrfahrt wohl nicht sein.

## Stille vor Stutari.

Nach den letzten Nachrichten über die Lage in Stutari sind die Belagerungsstruppen mit der Heranschaffung schwerer Geschütze von San Giovanni di Medua beschäftigt. Da die Geschütze nicht vor Ende der Woche schußbereit und in Stellung gebracht sein können, ist es wenig wahrscheinlich, daß vor Sonnabend ein neuer Sturm stattfinden. Oesterreich hat seine Truppen längs der Grenze in Marschbereitschaft gesetzt.

Nach eingegangenen Telegrammen haben die Serben auf 17 griechischen Transportschiffen trotz der Anwesenheit von vier österreichischen Kriegsschiffen in den montenegrinischen Gewässern große Truppenlandungen bei San Giovanni di Medua ausgeführt. Sie setzten dort 8000 serbische Soldaten, 1200 Pferde, 18 schwere Belagerungsgeschütze und 800 Ochsen ans Land. Die ganze Truppe trat sofort den Weitemarsch nach Stutari an.

### Die fremde Flotte.

**Wien, 3. April.** Die „Reichspost“ erhält aus Cattaro folgende Nachricht: In Begleitung der Transportschiffe, welche sorben in San Giovanni di Medua mit serbischen Truppen und Geschützen eingetroffen ist, befindet sich auch ein russisches Schiff, welches in Antivari sieben Geschütze, elf Millionen Patronen, 40 000 Militärmäntel auslabet. Die Ladung ist ein Geschenk Rußlands an die kriegsführenden Staaten Montenegro und Serbien!

**Berlin, 3. April.** Die Petersburger Telegraphenagentur berichtet ihre gestrige Meldung über die FlottenDemonstration dahin, daß sie launig solle: Rußland, das an der Demonstration nicht teilnimmt, hat sich zu Gunsten des internationalen Charakters der Demonstration unter Beteiligung französischer und englischer Kriegsschiffe ausgesprochen.

### Sonstige Meldungen.

**Konstantinopel, 3. April.** Inulich wird gemeldet: Vor Tschataldja hielt die Ruhe die besten an. Nur auf dem linken Flügel eröffneten wir ein Artilleriefeuer gegen den Feind, der an dieser Seite mit Befestigungsarbeiten beschäftigt war. Der Feind beschloß unsere Refugiosierungs-Kolonnen. Unter Geschwadern beteiligte sich am Kampf. Vor Bulair hat sich nichts ereignet. Der Gesundheitszustand der Truppen ist befriedigend.

## Politische Uebersicht.

### Zwischenakt.

Am Montag beginnt im Reichstag die erste Lesung des Wehr- und Dedungsvorlagengesetzes. Die Pause zwischen der Einbringung der Entwürfe und ihrer parlamentarischen Behandlung füllte der Reichstag aus mit der Erledigung einiger längst schwebenden Fragen. Vor allem sind es Wahlprüfungen und Petitionen, die von den Kommissionen schon seit diesen Wochen durchberaten sind, und die jetzt an das Plenum gelangen.

Am Donnerstag wurde zunächst der Rechnung für die Schutzgebiete für 1906 die Entlastung erteilt. Dann kam die Wahl des Reichsparteilers von Derken an die Reihe, die die Kommission für ungültig erklärt haben will. Herr Dr. Arndt wehrte sich gegen diesen Antrag in der begreiflichen Angst, daß seine ohnehin schwache Gruppe noch vermindert werden könne. Das Zentrum und die Konservativen unterstützten selbstverständlich — entgegen dem einstimmigen Beschluß der Kommission — den Antrag des Herrn Dr. Arndt auf Zurückverweisung an die Kommission. Die Genossen Schmidt-Reichen, Stabthagen und Richard Fischer, und die Fortschrittler Reumann-Hofer und Waldmann polemisierten energisch gegen diesen Vorschlag. Schließlich wurde der Antrag auf Zurückverweisung mit 155 gegen 151 Stimmen abgelehnt und das Mandat des Herrn von Derken mit 160 gegen 140 Stimmen für ungültig erklärt.

Bei den Petitionen, entstand eine längere Erörterung über einen Antrag der Petitionskommission zu Gunsten von Maßnahmen gegen den geheimen Warenhandel. Genosse Brey zeigte, was dieser eigentümliche und zwecklose Mittelstandsschutz wirklich bedeutet, und er beantragte Uebergang zur Tagesordnung. Unser Gegenantrag wurde indessen abgelehnt.

Am Sonnabend kommt der Etat des Reichstages und des Reichshausamts, sowie die Frage der Veteranen-Behilfe zur Beratung.

### Schwarz-blaue Taktik für die Wehrvorlage.

Ueber die Erledigung der Heeres- und Dedungs-Vorlagen herrschte noch am Mittwoch in den Abendstunden zwischen den Liberalen und der Rechten eine tiefgehende Meinungsverschiedenheit. Die Nationalliberalen hätten am liebsten die Militärvorlage in Bausch und Bogen angenommen und vielleicht noch eine Resolution damit verknüpft, die den Kriegsminister zum weiteren Ausbau der Armee auffordert. Den Wehrbeitrag verneinte man nicht erbedigen zu können, und die Frage der Dedung der Heeresausgaben wollte man im Herbst lösen. Von diesen Absichten wollte das Zentrum nichts wissen. Auch die Konservativen verhielten sich still abnehmend. Die



schwarz-blauen Parteien streichen nämlich, daß, wenn erst die Gesetzesvorlage verabschiedet ist, dann doch noch eine Erbschaftsteuer im Reichstage beantragt und mit Mehrheit angenommen werden könnte. Herr von Bethmann-Hollweg, der die Wittowsche Finanzreform unterschrieben hat, traktiert man zu, daß er, wenn sich im Reichstage für die Erbschaftsteuer eine Mehrheit findet, auch bereit sein wird, diesen Weg zu gehen. Das Zentrum und die Konservativen haben ihn im Verdacht, daß er nur deshalb sein Mantelgesetz, das die beiden Vorlagen als untrennbares Ganzes verbunden hätte, eingebracht hat, um mit wechselnden Mehrheiten arbeiten zu können. Das Zentrum besteht deshalb darauf, daß die beiden Vorlagen von ein und derselben Mehrheit im Reichstage verabschiedet werden. Wenn die Deckungsvorlage dem Wunsche des Zentrums nicht entspricht, dann ist man offenbar geneigt, Schwierigkeiten bei der Militärvorlage zu machen, um auf diesem Wege einen Konflikt herbeizuführen, der dann nur durch eine Auflösung des Reichstages gelöst werden könnte. Wie man bis jetzt hört, wird das Zentrum für die Erhebung des Wehrbeitrages eine Progression beantragen, und zwar befristet, daß bei kleineren Vermögen ein geringerer Satz als 1/4 v. H., bei größeren Vermögen dagegen ein höherer erhoben wird. Für einen solchen Antrag dürfte im Reichstage eine sichere Mehrheit vorhanden sein. Daß die Militärvorlage in ihrem vollen Umfange angenommen wird, daran besteht nach allem, was man bisher hört, kein Zweifel. Höchstens werden sich die Fortschrittler zum Schein für Abstriche bei einzelnen Positionen ermaßen; sie werden sich aber hüten, einen Antrag zu stellen, der vielleicht die ganze Vorlage in Frage stellen würde.

### Die Furcht vor freier Rede.

Der preussische Dreiklassenlandtag will über den großen Kampfen des Tages nicht vergessen sein. Kurz vor seinem Einschleiden will er sich der Welt noch einmal in seiner ganzen Glorie zeigen. Und so hat er sich am letzten Mittwoch wieder einmal in jener Kunst produziert, in der seine eigentliche Stärke liegt: in einer bedenkenlosen Niedertrampelpolitik der Minderheit, einer brutalen Mißachtung nicht bloß der ungeschriebenen Regeln parlamentarischen Anstandes, sondern auch der geschriebenen, der selbstgesetzten Geschäftsordnung. Es hatte dem hohen Hause schon am Dienstagabend beliebt, zu beschließen, beim Etat eine allgemeine Besprechung beim Kapitel Ministergehalt nicht zuzulassen. Ein derartiges Verbot, zu einem Staatsmittel die dazu gehörigen Ausführungen zu machen, ist eine beispiellose Neuerung in der Geschichte des Parlamentarismus und selbstverständlich auch ein eklatanter Bruch der Geschäftsordnung, die den Gang der Beratung regelt, um die ordnungsgemäße Beratung zu ermöglichen, nicht aber, um sie zu unterdrücken. Mit genau demselben Recht, mit dem der Minderheit diesmal unterlag worden ist, beim Titel Ministergehalt die Gesamttätigkeit des Ministers zu kritisieren, könnte man die Besprechung jedes anderen Gegenstandes verbieten und das Parlament zu einem Kloster schweigender Mönche verwandeln.

Natürlich errang die Mehrheit den üblichen Sieg und triumpierte über Vernunft und Geschäftsordnung. Es ist merkwürdig, daß nirgends von dem Gewaltrecht der größeren Zahl ein struppeliger Gebrauch gemacht wird, als in diesem Hause, dessen Mehrheit sich auf keinerlei Rechtstitel berufen kann. Diese Erlebnisse des Dreiklassenwahlrechts treibt die angeborene Scheu vor freier Auseinandersetzung zu immer neuen Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Minderheit. Und so sieht der Stempel wie am Eingang, so auch am Ausgang ihrer segensreichen Wirksamkeit.

Die Mehrheit eines wirklichen vom Volke freigewählten Parlaments würde sich solche Sprünge nicht erlauben dürfen, am allerwenigsten am Vorabend der Neuwahlen. Ein Sturm des Unwillens müßte sie hinwegjagen. Der Junker tut, was ihm beliebt, er wird ja nicht von den Wählern kontrolliert,

sondern umgekehrt — er kontrolliert sie bei der öffentlichen Abstimmung. Das Dreiklassensystem vernichtet mit dem Wahlrecht des Staatsbürgers auch die Abstreifung der Minderheit: die Willkür der Scheinwahlen setzt sich um in Willkür der Parlamentsmehrheit wie in Willkür der Verwaltung. Es ist die Negation jeglichen Rechts!

### Die Bauern und die Militärvorlage.

Die Zentrumspresse sieht sich genötigt, von einer soeben erschienenen Schrift des bayerischen klerikalen Bauernführers Dr. Heim Noth zu nehmen, in der die furchtbare Belastung des Bauernstandes mit den Opfern der allgemeinen Wehrpflicht zu anschaulicher Darstellung gelangt.

In dieser Schrift, die den Titel führt „Um der Gerechtigkeit willen!“ und die im Austrage der Zentralstelle der Bayerischen Bauernvereine in Regensburg verfaßt ist, weist Dr. Heim auf Grund eingehender statistischer Erhebungen nach, daß das flache Land und insbesondere der Bauernstand durch die Stellung einer unverhältnismäßig großen Zahl von Militärausgehenden gegenüber den anderen Volksschichten schwer benachteiligt ist und in seiner wirtschaftlichen Entwicklung nicht unbedeutend geschädigt wird. Die Last der Dienstpflicht, läßt Dr. Heim aus, verbleibt sich immer mehr auf die kleinstädtische und ländliche Bevölkerung, und mit jeder neuen Vermehrung des stehenden Heeres wird die Last für diesen Teil der Bevölkerung immer größer und immer einseitiger und ungerechter. Der Bauernstand, der nur 28 Prozent der Bevölkerung zählt, stellt rund den doppelten Prozentsatz an Soldaten. Jeder Sohn in der Kaiserarmee kostet dem Bauern jährlich mindestens 500 Mark, die neue Heeresvorlage bedeutet nichts anderes, als dem flachen Lande jährlich an Arbeitskräften 40000 Mann zu entziehen und ihm eine weitere Erbschaft von jährlich 20 Millionen Mark aufzubürden. Der Leutenangel auf dem Lande wird sich wesentlich verschärfen. Denn die Hälfte sind nicht selten, in denen Soldaten als Invaliden zurückkehren, oder überhaupt den Weg in die Heimat nicht mehr finden, sondern sich zu den großstädtischen Arbeiterschaften gesellen. Es mangelt auch nicht an Beispielen, daß der Sohn als einziger Ernährer einer Familie nach dem Tode des Vaters trotz aller Vorstellungen vom Militär nicht freigegeben wurde und ganze Familien daran wirtschaftlich zugrunde gegangen sind.

Denkende bauerliche Leser der Heim'schen Schrift werden begreifen müssen, daß die „bauernfeindliche“ Sozialdemokratie in Wahrheit die Interessen ganz besonders auch des Bauernstandes vertritt, wenn sie gegen die Vermehrung des stehenden Heeres und für eine Verkürzung der Dienstpflicht kämpft. Die Sozialdemokratie bekämpft aber auch die einseitig stärkere Belastung des Bauernstandes durch das einzig taugliche Mittel, indem sie für die körperliche Erhaltung und Kräftigung des städtischen Proletariats durch eine tiefgreifende Sozialpolitik eintritt. Die Bauern haben nur deshalb einen größeren Teil der Dienstpflicht zu tragen, weil der Kapitalismus die Arbeiter körperlich verkümmern läßt.

### Fortschrittspartei und Landtagswahlen.

Wären Worte Taten, so läge die preussische Reaktion heute zerhackt am Boden. Der Vorstand der preussischen Landesorganisation der Fortschrittlichen Volkspartei veröffentlicht in Gemeinschaft mit den preussischen Mitgliedern des geschäftsführenden Ausschusses einen Aufruf für die preussischen Landtagswahlen, der sich mit durchaus anerkennenswerter Entschiedenheit gegen die in Preußen herrschende junkerliche Mißwirtschaft wendet. Es heißt darin:

Die Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus bestimmen für die kommenden fünf Jahre die Richtung der preussischen Gesetzgebung. Nur sieben Stimmen fehlten bisher den konservativen Parteien an der Mehrheit. Jede Unterdrückung einer konservativen Wahl vergrößert die Gefahr, daß alle anderen Parteien des Hauses den Einfluß auf die Gesetzgebung verlieren. Es gilt eine Zusammenfassung des Abgeordnetenhauses herbeizuführen, die das Übergewicht der Konservativen und des Zentrums beseitigt.

Der Fortschritt hat aber das ihm von der Sozialdemokratie angebotene Wahlabkommen zurückgewiesen und damit auf das einzige Mittel verzichtet, das zu dem angestrebten

Ziele führen kann. Die „zielbewusste Zusammenfassung aller liberalen Kräfte“, das heißt das Zusammengehen der Fortschrittler mit den schärfmächterischen nationalliberalen Gegnern des gleichen Wahlrechts, kann höchstens eine scheinbare Verschlebung der Parteigruppierung herbeiführen, ohne die tatsächlichen Machtverhältnisse zu erschüttern. Die Stärke des Junkertums im Landtag beruht ja nicht nur auf seiner eigenen Mandatszahl, sondern ganz besonders auch auf seinen „liberalen“ Reserven. Über die Wahlrechtsfrage wird in dem Aufruf gesagt:

Vor allem aber, das Wahlrecht in Preußen muß von Grund auf geändert werden. Unerfüllt ist die feierliche Zusage der Wahlrechtsreform. Vergeblich waren alle Bemühungen, dem preussischen Volke das Maß von politischen Rechten zu verschaffen, daß die Wähler anderer Bundesstaaten auch der Reichslande, besitzen. Wir treten für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht ein. Zum mindesten muß unverzüglich die Wahlfreiheit durch Einführung der allgemeinen Wahl gesichert, die Bevormundung der Wähler durch die indirekte Wahl beseitigt und eine den Bevölkerungsverhältnissen entsprechende Neuverteilung der Wahlkreise durchgeführt werden. Die Wahlrechtsreform ist das Hauptziel des Wahlkampfes. Sie ist die Voraussetzung des politischen und wirtschaftlichen Fortschritts wie die unentbehrliche Gewähr für die Einheitlichkeit der Politik in Preußen und im Reich.

Wobei wiederum vergessen wird, daß die „liberalen Kräfte“ um Friedberg und Schiffer neben der öffentlichen indirekten Wahl auch die Drittelung in den Urwahlbezirken beseligen wollen, wodurch der letzte Arbeitervertreter aus dem preussischen Dreiklassenhause hinausfliegen würde. Die Landtagswahl von 1913 wird es klar erweisen: Wer auf die Hilfe der Sozialdemokratie verzichtet, wie es der Fortschritt tut, indem er der Sozialdemokratie die Gegenseitigkeit der Unterstützung verweigert, der verzichtet auf den Fortschritt!

### Sie merken was!

Der Vorstand des Bergbauischen Vereins wendet sich in einer Eingabe an den Reichstag gegen das Petroleummonopol. U. a. sagt er darin:

Ganz abgesehen davon, ob man mit dem geplanten Handelsmonopol überhaupt ein etwa in der Bildung begriffenes ausländisches Produktionsmonopol durchbrechen oder in seiner Wirksamkeit wesentlich beeinflussen kann, sind dem Mißbrauch eines solchen verhältnismäßig enge Grenzen dadurch gezogen, daß die einheimischen Leuchtstoffe durch die technischen und organisatorischen Fortschritte der deutschen Industrie sich in mächtiger mit unausgeglichener Verbilligung verbundener Entwicklung befinden. Wenn es einer Verschleimung dieses Vorganges bedürfte, so würde das Reich dazu stets das einfache Mittel bloßer Zollherabsetzungen in der Hand haben, die als Schutzzoll wirken würden, soweit sie nicht angesichts des Wettbewerbes der inländischen Leuchtstoffe auf die Monopolinhaber zurückfallen.

Vor dem Monopol wird schließlich als vor einem „Schritt auf dem Wege der Sozialisierung unserer Volkswirtschaft“ gewarnt. Die Bergherren spüren, daß man bei der „Sozialisierung“ des Petroleums nicht Halt machen wird, sondern daß eines Tages auch die tausendmal wichtigere Kohle drantkommt.

### Pfäffisches, Allzupfäffisches.

Der Streit darüber, ob die Juden in Preußen einen Grund zu patriotischen Demonstrationen haben, ist nun schon einmal Liebesbetreibungen für das Haus Hohenzollern sind und Verherrlichungen des Junkertums im Ministertrakt und im Waffenrock, ging am Donnerstag im Dreiklassenhause fort. Nochmals verlor Herr Cassel sein Recht, Durcharufe auf Preußen auszubringen und nochmals erwiderte ihm Hoffmann, daß Herr Cassel mit dieser Verherrlichung nicht nur recht beleidigt wurde, sondern unter den preussischen Juden auch ziemlich vereinzelt dastehen dürfte. Immerhin gewann Herr Cassel aber für seine Glaubensstreue das Lob des konservativen Herrn Winkler, eines jener wenigen bürgerlichen Konservativen, die sich durch ganz außerordentlich reaktionäre Bestimmung der Klubgemeinschaft mit den Junkern würdig zu erweisen streben.

In einer mehrstündigen Debatte über den Fall Traub wurde das eigenartige Gerichtsverfahren des evangelischen

## In schlimmen Händen.

Roman von Eric Schallier.

(Nachdem verboten.)

In der ersten Woche des neuen Jahres gab der Bürgerkrieg seinen jährlichen Winterball. Er war der größte, geläufige Ball, den die kleine Stadt besaß. Er umfaßte den ganzen nachgehenden Winterabend und in seinen oberen Schichten bewegte er sich in manchen Punkten mit den Kreisen der Honoratioren. In besonderen die alten, einheimischen Familien hielten zu ihm, auch wenn sie im übrigen zur Oberschicht gehörten. Es war ein sehr alter Brauch, der schon in der dunkelsten Zeit die Bürger zu Tanz und Festlichkeit versammelt hatte. Man mußte nicht Mitglied, wie auch sein Vater Mitglied gewesen war, den festlichen Winterball aber hatte er nie besucht. Er kam mitunter zu den kleineren Festlichkeiten, wo es stiller herging, weil die Festlichkeit keine so allgemeine war. Der Winterball war zu verurteilen. In dem Reize von plaudernden Reden und schimmernden Ballketten sah er sich nicht behaglich. Er war zu wenig gesellschaftlich, um in den überflüssigen Reden sein Vergnügen finden zu können. Seiner Frau war es nicht anders gegangen und als Winter war er erst recht sehr gewohnt, wenn er zu Hause bleiben konnte.

In diesem Jahre aber mußte es anders werden. Namlich: der nach dem Wehrmachtsferien war seine Verlobung in den beiden Schwestern des Städtchens angekündigt worden. Die Schwägerin hatten ihn täglich gehänselt, weil er sich in diesem Winter um das zum Jahr begehren mußte. Dagegen hatte er großer Eifer bei den Vorbereitungen für den Ball geäußert. Er mußte ihr die Freude nicht verderben, außerdem war es eine gute Gelegenheit, sie öffentlich einzuführen. Sogar die neue Forderung hatte er wirklich gebildet werden müssen. Dagegen hatte er so lange geschweigt, bis ihm nicht mehr anderes übrig blieb. Der Schwager hatte geschrien, als er das sah, und die Schwägerin hatte geschrien, als er das sah. Er war ungeschicklich, aber er hatte sich entschlossen. Dagegen hatte er so lange geschweigt, bis ihm nicht mehr anderes übrig blieb. Der Schwager hatte geschrien, als er das sah, und die Schwägerin hatte geschrien, als er das sah. Er war ungeschicklich, aber er hatte sich entschlossen. Dagegen hatte er so lange geschweigt, bis ihm nicht mehr anderes übrig blieb. Der Schwager hatte geschrien, als er das sah, und die Schwägerin hatte geschrien, als er das sah. Er war ungeschicklich, aber er hatte sich entschlossen.

Nachmittag des großen Tages war es gar zu einem lustigen Hochzeitsessen gekommen. Die jungen Mädchen waren vom Kaffeetisch aufgesprungen und hatten vor Freude in die Hände geklopft. Das gab einen weißen und festlichen Abend.

Die Stunde des Balles kam immer näher. Rings in den Säulenhallen standen die jungen Tänzerinnen mit hochgehobenen Händen und ließen sich von der sorgenden Mutter die letzten Liebesheiten im Anzug ordnen. Wie nahm sich die weiße Rose im dunklen Haare aus? Die glänzenden Augen blühten in den Spiegel und wurden bestrahlt. Vor dem erleuchteten Saule des Vereins führten bereits die ersten Equipagen vor, bald kamen die nächsten und dann rollten die Wagen ununterbrochen.

Agel stand in adreillem Dreß vor dem großen Spiegel im Arbeitszimmer. Er pflegte den Ball regelmäßig zu besuchen; es war ein stiller Helmut und Wasserbad, das er sich nicht nehmen lassen wollte. Seine Schwestern allerdings blieben zu Hause. Er war eben aus dem Schlafzimmer heringekommen. Der Anzug hielt jeder Prüfung stand, sein Coupe war draußen bereit und die beiden Pferde schnoben den Atem wie Rauchwolken in die klare Winterluft, zum Aufbruch aber konnte sich Agel nicht entschließen. Er war unruhig und trieb planlos im Zimmer umher. In den letzten Monaten war er täglich mit Annas zusammen gewesen, er hatte Dagmar täglich gesehen und gesprochen, er hatte immer wieder versucht, einen Hauch von Intimität in ihren Verkehr zu bringen; er war immer auf die gleiche heitere Unbefangenheit gestoßen. Er hatte je einmal gesprochen, daß er diese Rolle nicht mehr weiter spielen wollte, er fühlte, daß er sie aufgeben mußte, wenn er an seiner Mannlichkeit nicht Schaden nehmen wollte. Er war immer wieder dem Brand zum Opfer gefallen, den dieses junge Weib ihm in das Herz gemessen hatte. Und nun kam diese unerwartete Verlobung dazwischen. Er hatte ein teures Blumenarrangement mit unzähligen Geschenken gesendet, persönlich aber war er fern geblieben. Er wollte einfach nicht, wie er sich verhalten sollte. Sollte er in dem Saal der Annas werden und als solche ihr Leben beschließen? Dieß das Ganze auf eine honette Partie hinaus? Sollte er das große Glück der Sinne opfern, zu dem sie erschaffen war? Denn sie war dazu erschaffen oder Agel wollte sich verpflichten, den Rest seiner Tage mit Eline Andreesen zu verbringen. Sollte dieser blinde Reiz nun bürgerlich zu Grunde gehen? War ihre letzte Sinnlichkeit so lahm und zahnlos? Die würde er ihr entgegenstellen? Er verstand sie nicht; sie war die Frau von Annas; er mußte völlig korrekt bleiben, wenn er sich nicht der peinlichsten Dingen aussetzen wollte. Und konnte er korrekt bleiben, wenn er ihre weißen Schürzen sah? Der heutige Abend mußte die Entscheidung bringen. Ein Ende mußte gemacht werden, so oder so. Er wollte ganz unbefangenen und höflich sein. Was sie ihm dann kein Zeichen, konnte auch

die Erregung des Balles ihr kein Zeichen entlocken, dann war es aus, dann mußte es aus sein, wenn er nicht eine komische Figur werden wollte. Dann wollte er den Stachel herausziehen, wie tief er ihm auch im Fleische saß. Er war dann Mann genug, den Brand seines Blutes niederzulämpfen, und wenn er dabei erstickt sollte, so sollte sie in seinem Gesicht doch keine Veränderung sehen. Höflich und lebenswürdig und von fester Selbstbeherrschung, das mußte die Parole sein.

„Wenn ich nur wüßte, was in Agel gefahren ist?“ dachte draußen der Kutsher. Es war nicht Agels Art, seine Leute zwecklos herumstehen zu lassen. Er stampfte herauf, um seine Füße warm zu halten.

„Kalte Füße, mein Junge?“ Agel war eben in Pelz und Zylinder an den Wagen getreten.

„Das soll wohl kommen“, schmolte der Kutsher. „Trink' einen Wog und halt' den Mund.“

Agel ließ sich in die Kissen nieder.

„Gott“, sagte der Kutsher und der elegante Wagen rollte lautlos durch die weiße Straße. In wenigen Minuten hielten sie vor dem Festsaal. Der Kutsher sprang eifrig herunter und öffnete den Schlag. Die versammelten Neugierigen traten unwillkürlich einen Schritt zurück. Agel sah in dem dunklen Pelz so botnehm aus. Höflich und lebenswürdig nahm er sich noch einmal vor und betrat das Haus.

Septimus hatte im Kartenzimmer bereits eine fröhliche Runde um sich versammelt. Er gertel in Feuer als er Agel sah.

„Herber, mein Junge!“

„Ja danke“, sagte Agel kurz; es packte ihm nicht, daß Septimus so früh mit dem Trinken begonnen hatte. Er mußte er außerdem vor dem Feinde gewesen sein. „Guten wir die Salatlade hinter uns, ist Zeit zur Ruhe.“

Die Musik brach gerade ab, als Agel den Saal betrat, die Herzen brachten die Damen an ihren Platz zurück, es begann überhört zu werden. Dagmar war nirgends zu finden.

„Sie muß hinter einem Keller sein“, dachte Agel und wollte gerade seinen Standort wechseln, als ihre Stimme ihn von hinten begrüßte. Er zog im selben Nu herum.

„Ich habe gewartet“, sagte sie.

Ihre Augen glänzten bereits vom Tanz. Sie hatte sie begehrtwert angesehen. Die knospenden Brüste sah man wegen. Die amnigen Schultern lockten. Die weißen Lippen lächelten Verheißung. Ein bunter, fetter Raucher nahm Agel gefangen. Ein Jähren ging durch seinen starken Körper. Er bemerkte eben die äußere Nähe zu wahren, aber er drückte ihr die Hand mit diesem Ungelüm.

(Fortsetzung folgt.)



Oberkirchenrat selbst von dem so gemäßigten nationalliberalen Herrn v. Campe und sogar vom konservativen Landgerichtspräsidenten Bierck leise getadelt. Selbst der Minister ließ erkennen, daß nicht alles so ganz einwandfrei gewesen sei. Mit der gebotenen Schärfe sprach Genosse Liebnicht über die Entwicklung der „evangelischen Freiheit“ zur Kasernendisziplin und stellte fest, daß das vorherrschende Gefühl des Volkes in religiöser Beziehung das einer hervorragenden Gleichgültigkeit gegen diese Kirche ist.

Am Schlusse provozierte Herr v. Campe eine kleine Jesuitendebatte, mit dem Erfolg, daß er sich zuerst über einige nichtssagende Phrasen des Kultusministers und dann über einige treffende Bemerkungen Hoffmanns ärgern mußte.

**Der dankbare Reichskanzler.** Ein Berliner Militärverein hat dem Reichskanzler 100 Mk. angeboten, als Beitrag zu den Kosten der Heeresverfälschung. Dem Verein ging daraufhin folgendes Schreiben zu:

„Dem Verein der Kameraden vom Pionierbataillon von Rauch danke ich aufrichtig für die Darbietung eines Beitrages von 100 Mk. zu den Kosten der Heeresverfälschung. Die patriotische Bestimmung, die der Verein durch die Spende befundet, hat mich sehr erfreut.“

Die Reichshauptkassa ist aus Annahme der Summe angewiesen.

Die Kriegervereine im ganzen Reiche werden sich natürlich beeilen, eine kleine Spende zu senden in der Erwartung, daß sie ein Dankschreiben des Kanzlers zu bekommen, das dann im Vereinslokale unter Glas und Rahmen aufbewahrt werden kann. Die Reichshauptkassa nimmt also sehr freiwillige Spenden entgegen, und nun mögen die Patrioten einmal zeigen, wie groß ihre Opfermut ist.

**Es hat gezeugt.** Der nationalliberale Abgeordnete Dr. Semler hat aus Hamburg ein Schreiben an den Präsidenten des Reichstages gerichtet: „Hochgeehrter Herr Präsident! In den beiden letzten Sitzungen des Reichstages vor den Osterferien bin ich von einer Seite des Hauses in meiner Eigenschaft als Referent für den Etat des Kolonialamtes angezogen worden, weil ich in meinem Verufe als Unparteiischer zugleich koloniale Interessen zu vertreten habe. Zu Unrecht! Ich bitte Sie aber, zur Kenntnis zu nehmen und gütigst auch der Subkommission davon Kenntnis zu geben, daß ich künftig kein Referat mehr werden für den Kolonial- noch sonst einen Etat der Schutzgebiete übernehmen werde.“ Das war auch zu wünschen!

**Sozialdemokratische Abwehr bürgerlichen Uedemutens.** Die Kieler Stadtverordnetenversammlung besteht aus 24 sozialdemokratischen und 14 bürgerlichen Vertretern. Soweit die Stadtverordnetenversammlung für sich allein tagt, haben die Sozialdemokraten fast immer die Mehrheit, weil von den bürgerlichen gewöhnlich einige Mitglieder fehlen. Bei der kürzlich erfolgten Wahl von 5 Abgeordneten zum Provinziallandtag, von denen drei aus dem Kreise der Stadtverordneten zu wählen waren, ignorierten die bürgerlichen Vertreter den Wunsch der Sozialdemokraten, auch ein Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion als Provinziallandtagsabgeordneter zu wählen. Die Sozialdemokraten wurden überstimmt, weil Magistrat und Stadtverordnetenkollegium bei diesen Wahlen ein Wahlkollegium bilden. — In der Stadtverordnetenversammlung am Dienstag sollte nun die neugebildete Grundstückskommission, eine der wichtigsten städtischen Kommissionen, besetzt werden. Die sozialdemokratische Fraktion ließ durch ihren Vertreter die Erklärung abgeben, daß sie für dieses Mal noch für eine partielle Besetzung der Kommission sein werde. Würden sich aber Fälle wie bei der Provinziallandtagswahl wiederholen, dann würde auch die sozialdemokratische Fraktion in Fällen, wo sie den Ausschlag gebe, so tun, als ob die bürgerlichen Vertreter nicht existierten. Diese Erklärung rief eine scharfe Bestätigung bei den bürgerlichen Vertretern hervor.

**Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.** Die Fraktion bestimmte in ihrer Sitzung am Donnerstag als Redner für die Militärvorlage die Genossen Paase, Scheidemann und Dr. Frank.

**Eine unglückliche Reichstagswahl.** Der Reichstag hat, wie an anderer Stelle mitgeteilt, die Wahl des konservativen Abgeordneten v. Derghen (Wahlkreis Rauch-Weißig-Ziltberg-Ludewalde) für unglücklich erklärt, weil 419 Wähler der Heilstraße Weich sowohl vom Magistrat wie auch vom Landrat und Regierungspräsidenten von der Wahl ausgeschlossen wurden. — Bei der letzten Hauptwahl erhielt v. Derghen 11.041, Gwald (Soz.) 18.387, Dr. Freund (Frei. Vp.) 9226 Stimmen. In der Stichwahl wurde v. Derghen mit 290 Stimmen Mehrheit gewählt.

### Ausland.

#### Unzufriedenheit unter den Mannschaften der italienischen Marine.

Aus Rom wird uns zu der bereits kurz gemeldeten Meuterei auf italienischen Kriegsschiffen noch folgendes geschrieben: Obwohl gerade in diesen Tagen die Wellen des offiziellen Flottenpatriotismus sehr hoch gehen, wird es auch in den Kreisen der Ordnungsmänner schwer, über die wachsenden Anzeichen der Unzufriedenheit in der Kriegsmarine durch Stillhalten und Dementis hinwegzukommen. Durch diese Taktik läßt sich die Tatsache weder aus der Welt schaffen, noch auch nur verbergen, daß im Laufe weniger Wochen die Mannschaften auf drei italienischen Kriegsschiffen gemeutert haben. Zunächst waren es im Februar die Matrosen des Kanonenbootes „Amalfi“, die im Hafen von Taranto Waffen und Instrumente über Bord warfen, weil sie von einigen Offizieren durch Ungerechtigkeit und Strenge zum Neuzerren getrieben worden waren. Dann folgten in Venedig die Mannschaften des Kreuzers „Quarto“, die ebenfalls ihrer Unzufriedenheit durch Ueberbordwerfen von Kriegsmaterial Ausdruck gaben. Der Anlaß dieser Meuterei ist anscheinend weniger gerechtfertigt, als bei der „Amalfi“, die Mannschaften in Venedig protestierten gegen die Ueberrückung des Osterurlaubes, also gegen eine Maßnahme, die sich durch die internationale Lage erklären läßt. Wesentlich ernst war die Meuterei an Bord des Dreabnoughis „Dante“ im Hafen von Maritima. Der „Abant“ erhält allen offiziellen Dementis gegenüber aufrecht, daß die Meuterei 24 Stunden gedauert hat, und daß zweihundert Matrosen das Schiff verlassen haben, um gegen die Ungerechtigkeit und Härte eines höheren Offiziers zu protestieren. Diese zum Desertieren bereiteten Matrosen ließen sich erst zur Rückkehr an Bord des Kriegsschiffes bewegen, nachdem man ihnen festerlich versprochen hatte, eine strenge Enquete über die Haltung des betreffenden Offiziers zu veranstalten. Ueber die Einzelheiten der Meuterei liegen einem Parteigenossen in Venedig genaue und gut verbürgte Nachrichten vor, deren Veröffentlichung jederzeit erfolgen kann. — Die Regierung hat allen Grund, diese Beweise der Unzufriedenheit der Mannschaften sehr ernst zu nehmen: Sie zeigen an, daß in dem allgemeinen Marinerat und Großbüchsen die Mannschaften unheimlich misstrauen geblieben sind und kleinerer Aufstände, die zur größeren Ehre der Kriegsmarine von ihren Vorgesetzten schänden und plagen zu lassen.

#### Russischer Gesetzgebungsdienst.

Dem Präsidenten des finnländischen Landtages in Rußland Gesetzentwurf übergeben worden, monach dergleichen Verordnungen, die in Rußland aus politischen Motiven hergeleitet werden. Der Landtag nach 2 1/2 Stunden in Straßburg unterliegen. Der Landtag soll über diesen Gesetzentwurf seine Gutachten abgeben. Da sich über die russische Regierung zum Wiederum des Bergschutzes, ohne Rücksicht auf die Absichten der finnländischen Landtagsordnung, laut welcher Ge-

setzentwürfe in der Form von Regierungsvorlagen dem Landtag übergeben werden sollen, sich in formloser Weise einfach der Post zu bedienen, um durch ein Handschreiben an den Präsidenten den Landtag gleichsam auf das Niveau einer untergeordneten Rangliste herabzudecken, wird der letztere auch in dieser Frage nicht anders handeln können, als in ähnlichen Fällen früher, das heißt, der Gesetzentwurf wird im Landtag überhaupt nicht zur Behandlung kommen. Dies wird die russische Regierung selbstverständlich nicht hindern, die Frage den weiteren Instanzen durch Reichsduma und Reichsrat laufen zu lassen und das Gesetz darauf in Kraft zu setzen, als wäre alles in schönster Ordnung. Daß die russische Regierung bei dieser ihrer Politik gegen Finnland auch bei der vierten Duma Unterstützung finden wird, dürfte wohl kaum zu bezweifeln sein. Trotzdem ist man auf den weiteren Verlauf der Sache gespannt, da die vierte Duma bei der Behandlung dieses Gesetzentwurfs zum ersten Mal vor die Notwendigkeit gestellt sein wird, in der finnländischen Frage klar und bestimmter Farbe zu bekennen. Zweck und Ziel des Gesetzentwurfs ist klar genug: Was für Handlungen kann nicht ein russischer Untersuchungsrichter politische Motive unterlegen! Mit diesem Gesetz in der Hand läßt sich nicht nur jede Opposition, sondern sogar jedes sachliche Referat einer Opposition auf „legalem“ Wege bekämpfen. Kein Mensch zweifelt auch daran, daß es vor allem die finnländische Presse ist, der man mit diesem Gesetz an den Stragen will. Die Zeitungen in Finnland sollen wie zu Bobroffs Zeiten aufhören, Politik zu treiben, sie sollen sich darauf beschränken, kleinen Klatsch zu verbreiten, es soll dieselbe Finsternis, das selbe Schweigen des Todes das Land umhüllen, wie in den Jahren um die Jahrhundertwende.

**Neue Wohnbauten in Rußland.** Der Minister des Verkehrsweßens hat der Duma ein Projekt unterbreitet zum Bau einer Bahn von Charkow nach Cherson, die auf Kosten des Staates gebaut werden soll. Die Baukosten betragen sich auf 56,1 Millionen Rubel. Die Bahn soll eine Länge von 600 Werst haben und die Städte Katharinesburg und Konstantinograd durchziehen.

**Ein neuer Suffragettenstreik.** In der Gartenvorstadt von London, Hamstead, legten die Suffragetten in der Kirche der Frauengemeinde die Feuer an. Daß die Kirche nicht zerstört wurde, ist nur dem Umstande zu verdanken, daß die Suffragetten den Zündstoff in der Nähe der Sakristei angelegt hatten, und zwar in der Nähe einer Wasserleitung. Durch die bei dem Brande sich entwickelnde Hitze wurde das Wasserrohr der Wasserleitung geschmolzen, und das ausströmende Wasser erstickte den Brand, ehe die Feuerwehr zur Stelle war. Die Polizei hatte dem antikernden Geistlichen der Kirche am Tage vorher gemeldet, daß die Suffragetten einen Anschlag auf die Kirche im Schilde führten.

**Eine Suffragette zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt.** Frau Vanthurst, die Urheberin des Anschlages gegen das Haus des Staatskanzlers Lloyd Georges, ist deswegen, sowie wegen anderer Eigentumsvergehen zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt.

**Patriotismus, der seinen Mann nährt.** Daß der patriotische und imperialistische Raub, der die italienische Bourgeoisie eine Milliarde für Libyen hinauswerfen ließ, auch andere Dinge im Gefolge hat als Arbeitslosigkeit und wachsende Staatsschuld, das hat die jüngste Generalversammlung der Aktionisten der Hochöfen und Stahlwerke Terni gezeigt. Diese Gesellschaft, deren Gründung seinerzeit vom Staate in jeder Weise begünstigt wurde, um den italienischen Bedarf an Kriegsmaterial von dem auswärtigen Markt unabhängig zu machen, hat im Geschäftsjahre 1913 einen Reingewinn von 4 Millionen aufzuweisen. Nach den üblichen Abrechnungen bleiben zur Verteilung unter den Aktionisten 3 660 000 Lire oder 16 Prozent des Nominalwertes der Aktien. Die Terni liefert vor allen Dingen Panzerplatten, Kanonen und dazugehöriges Material für Marine und Meer. Dabei läßt sich schon patriotisch sein und nach einem „größeren Italien“, nach einer stärkeren Heeresmacht und nach mehr und mehr Panzerschiffen streben. Man weiß doch wenigstens, wofür man seine Lungen anstrengt!

### Gewerkschaftsbewegung.

Stadt und Provinz.

#### Die Konferenz der Steinseher.

Am Sonntag, den 30. März, fand im Gewerkschaftshause in Breslau eine Konferenz der Steinseher und Berufsgenossen der Tarifbezirke Schlesien, sowie der Ober- und Niederlausitz statt. Vertreten waren 27 Filialen durch 40 Delegierte, sowie ein Vertreter des Zentralverbandes. Gauweiler, Frentel, Gröblich referierte über den Hauptpunkt der Tagesordnung: „Die Bedeutung eines Vertrages über das ganze obgenannte Tarifgebiet als Uebergang zum Reichstarif“. Der Arbeitgeberverband der Steinseher und Straßenbauarbeiter, der Arbeitgeberverband der Oberlausitz, sowie der Arbeitgeberverband für die Niederlausitz, kamen mit dem Verbande der Steinseher und Berufsgenossen Deutschlands zum Abschluß eines Vertrages mit hauptsächlich folgenden Inhalt: Der Zweck des Vertrages ist die Herbeiführung und Aufrechterhaltung geordneter Verhältnisse zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Steinsehergewerbe, die Herbeiführung und Schlichtung von Differenzen und Streitigkeiten durch Vermittelung, sowie die Bekämpfung jeder Schmutzkonkurrenz durch gegenseitige Unterstützung beider Vertragspartner. Als Mittel zur Erreichung des Zwecks werden folgende Einrichtungen geschaffen:

1. Tarifverträge zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen,
2. Schlichtungskommissionen, Einigungs- und Schlichtungsämter,
3. Arbeitsämter,
4. Das Tarifamt.

Für jeden Tarifbezirk wird eine Schlichtungskommission eingerichtet. Das Schlichtungsamt besteht aus der Schlichtungskommission und einem unparteiischen Vorsitzenden. Die Entscheidungen des Schlichtungsamtes sind für beide Teile, soweit es sich um einzelne Personen handelt, bindend. Bei Fragen von genereller Bedeutung ist die Berufung an das Tarifamt zulässig. Das Zentraltarifamt hat seinen Sitz in Leipzig, das Gauarbitrantsamt in Breslau. Das Arbeitsamt hat seinen Hauptstapel in der Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz. Dieser Vertrag wurde von der Konferenz nach ausgiebiger Diskussion einstimmig angenommen. In die Schlichtungskommission für Schlesien wurden die Kollegen Frentel, Gröblich, Haupt, Bartel, Breslau; in die Schlichtungs-Kommission für die Oberlausitz Frentel und Wetzlar. Gröblich und Gröblich, Gröblich und für die Niederlausitz Frentel, Gröblich, Gröblich und Sommerfeld und Gröblich-Gruben gewählt. Nachdem noch einige Delegierte verschiedene Beschlüsse in ihren Filialen geschickt, erfolgte Schluß der Konferenz.

#### Zur Aussperrung der Maler.

In der Mitgliederversammlung des Malerverbandes, die am Mittwoch im Gewerkschaftshause tagte, machte Kollege Adam über den Stand der Aussperrung ausführliche Mitteilungen. Am 10. März betrug die Zahl der Aussperrten 167, rechnet man hierzu noch 38 Arbeitslose, so liegt die Zahl auf 205. Nachträglich kamen noch 66 Mitglieder, jedoch die Zahl 271 betrug. Heute sind im ganzen nur noch 104 Kollegen ausgesperrt. Man dürfe daher, ohne den Ar-

beitgebern zu nahe zu treten, sagen, daß die Aussperrung ein Schlag ins Wasser war.

Im weiteren referierte Adam die Stellungnahme der Aussperrten zu dem Bunde der Dekorationsmalergewerkschaft. Dieser hat den Berliner Schiedspruch auch für Breslau angenommen. In der Jännerversammlung haben die Kollegen beschlossen, mit dem Bunde in Unterhandlung zu treten zum Zwecke des Abschlusses eines Vertrages. Die Forderungen für die dreijährige Vertragsdauer sollten aber im ersten Jahre 5, im zweiten 2 und im dritten auch 2 Pfg. mehr betragen. Adam bemerkte, daß dieser Beschluß der Kollegen nicht werden aufrecht erhalten werden können; im Kampfe zur Erreichung des Sieges müsse man alle Stappen beschreiten, die dazu führen können. Wir müssen in den Plan des Arbeitgeberbundes einen Keil hineinstoßen, das kann aber nur geschehen, wenn wir die Bedingungen nicht höher schrauben als im Schiedspruch vorgesehen ist, jedoch möglichst die 2 Pfg. Erhöhung anders eingeteilt werden, im ersten Jahre unbedingte 5, in den anderen zwei Jahren 2 Pfg. In Bezug auf die Frage, wie wir uns weiter in der Sache verhalten sollen, machte Adam eingehende Vorschläge, von deren Durchführung er sich unbedingt Vorteile verspricht. Unter keiner Bedingung dürfe dem Gedanken eines allgemeinen Streiks Raum gegeben werden, wir würden damit nur das tun, was die Arbeitgeber wollen. Die Aussprache war eine sehr rege, wohl an 2000 Kollegen beteiligten sich daran. Schließlich wurde den Vorschlägen Adams mit allen gegen vier Stimmen zugestimmt. Die Erhebung eines Extrabeitrages wurde von neuem geregelt.

#### Zur Bergarbeiterbewegung in Oberschlesien.

Die Polnische Berufsvereinigung, Abteilung Bergarbeiter, hat nunmehr beschlossen, daß auf einer Anzahl Gruben Oberschlesiens die Kündigungen der Bergarbeiter am 5. April bei den Werken eingereicht werden sollen. Wie verlautet, handelt es sich um 24 Schachtanlagen. Der Bergarbeiterverband hat gegen Teilstreiks die größten Bedenken ausgesprochen, schließlich aber der Polnischen Berufsvereinigung, weil sie dreiviertel der organisierten Bergarbeiter zu vertreten hat, die Entscheidung überlassen. Diese hat, wie wir der nationalpolnischen Presse entnehmen, den Beschluß gefaßt, die Kündigungen einzustreichen. Der Bergarbeiterverband hat daraufhin der P. B. V. mitgeteilt, daß, wenn der von ihr beschlossene Streik ausbräche, die Mitglieder des Verbandes nicht zum Streikbuch, sondern zur Solidarität angehalten würden.

Auf die weitere Entwicklung dieser Angelegenheit kann man gespannt sein.

**Der Streik in der Winneuschiffahrt.** Die Streikbewegung hat jetzt anscheinend ihren Höhepunkt erreicht. Die Unternehmer werden gedrängt, den Schiffsfahrtsverkehr aufzunehmen, was ihnen jedoch unmöglich ist, solange der Streik dauert. Der Versuch der Obergesellschaften, den Bergverkehr zu eröffnen, ist, wie vorausgesehen war, mißlungen. Einige Dampfer, die die Fahrt aufnehmen, sind betriebsunfähig geworden, auf einem sind die Kessel ausgeglüht, auf einem anderen Dampfer ist die Welle gebrochen; die Anhängeschiffe mußten unterwegs liegen bleiben und die Dampfer zur Werk geschleppt werden. Bei der unangemessenen Bedienung der Schiffe durch Arbeitswillige sind Savarien an der Tagesordnung. Ein Teil der bürgerlichen Presse ist natürlich wieder schnell bei der Hand, die streikenden Schiffsmannschaften zu verdächtigen, daß sie diese Beschädigungen verschuldet haben. Solche schätzbare Mittel sind nicht dazu geeignet, die Sympathie der Öffentlichkeit den nun schon Monate lang kämpfenden Schiffsmannschaften zu entziehen.

#### Deutsches Reich und Ausland.

**Die billigen Verhandlungen im Wagetwerbe,** die nach dem Vorschlage der Unparteilichen und der Zustimmung der Parteien bis zum 18. April beendet sein müssen, haben in der Woche nach Ostern ihren Anfang genommen. Da die Vorschläge der Unparteilichen zu dem Hauptvertrag und dem Vertragsmuster als ein untrennbares Ganzes angesehen werden müssen, so bleibt den örtlichen Verhandlungen nur vorbehalten, die Festsetzung der Löhne und Arbeitszeit für die neue Vertragszeit, die Einteilung der Arbeitszeit und der Pausen und die Regelung sonstiger örtlicher Dinge. Im Vordergrund dieser Verhandlungen steht natürlich die Entscheidung über die Lohnerhöhung und über die Arbeitszeitverkürzung.

In der Provinz Posen und in Westpreußen ist an einigen Orten ohne greifbare Erfolge verhandelt worden. In den meisten Fällen haben die Unternehmer entweder gar nichts oder 1 bis 2 Pfg. Lohnerhöhung für die Vertragsdauer geboten. Eine Ausnahme haben nur zu verzeichnen die Orte Gnesen, wo 2 1/2 Pfg. zugestanden wurden, Frauastadt mit 3 Pfg. und Nakel, Wrotoschen und Bromberg, wo in den ersten beiden Orten 4 Pfg., im letzten für Gesellen 3 Pfg. und für Hilfsarbeiter 6 Pfg. zugestanden worden sind. In Bromberg ist auch, bis auf die Belonarbeiterfrage, im allgemeinen über das Vertragsmuster eine Einigung erzielt.

**Die streikenden christlichen Färber Kreuels weigern sich,** der Aufforderung ihrer Führer, die Arbeit aufzunehmen, nachzukommen. Die Betriebe sind am 8. April geöffnet worden. Die Aussperrung ist damit aufgehoben. Nicht ein einziger christlicher Färber ist zum Streikbrecher geworden. Der Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes hat beschlossen, alle im Streik ausstehenden christlichen Färber auf Verlangen zu unterstützen. Die Regierung hat 150 Gendarmen in das Streikgebiet beordert.

**Streik der Heizungsinstallateure und Gelber in Hamburg.** Der Metallarbeiterverband verhandelte seit einiger Zeit mit dem Unternehmerverband der Heizungsinstallateure in Hamburg-Altona über die Neugestaltung des Tarifverhältnisses der Heizungsinstallateure und Gelber. Nachdem sowohl in der Festlegung der Arbeitszeit wie auch der Löhne eine Einigung nicht erzielt werden konnte, beschloß 800 Heizungsinstallateure, am 8. April die Arbeit einzustellen.

**Ein Streik in der Schreibmaschinenfabrik „Recebes“** in Wehlis i. Thür. dauert nun schon schon fast 3 Wochen. 380 Arbeiter sind noch ausständig von 326 zu Anfang. Ausschüßigen, die übrigen, meistens Familienväter, sind abgereist und haben anderwärts Arbeit gefunden. Die Firma läßt es sich viel Geld kosten, um Streikbrecher zu bekommen. Ueberall ist auf strengste Fernhaltung des Zuguges zu achten.

**Mühlenspinnerstreik.** In dem Mühlenspinnerbetriebe der bekannten Firma Sinnes in Oranienburg, zu der auch eine Brauerei und Brennerei mit Pressfabrik gehört, haben 1000 Arbeiter wegen Lohnforderungen die Arbeit niedergelassen. Die Firma lehnte die Unterhandlung über die geforderten Löhne ab und bot Zulagen von 16-20 Pf. pro Tag als Kompensation. Dieses Angebot lehnten die Arbeiter ab und legten einmütig die Arbeit nieder.

**Spanien.** Drohender Streik im Rio Tinto distrikt. Der Gouverneur von Sevilla teilte der Regierung mit, daß sämtliche Eisenbahner und Arbeiter der Linie Sevilla-Batavia bedrohlichen, binnen acht Tagen in den Streik zu treten. Auch unter den Arbeitern des in unmittelbarer Nähe liegenden Rio Tinto distrikt herrscht große Unruhe, und die Regierung befürchtet, daß die 2000 Bergleute von den Eisenbahner gemeinsam vorgehen werden. Die Regierung vermutet, daß 2000 Bergleute den Streik machen werden, und trifft unangenehme Maßnahmen. Die Arbeiter von Andarmeria und Zappan sind schon. Der Zentralverband konterterte in dieser Angelegenheit mit dem englischen Gewerkschafts-

Redaktion: ... Druck: ...



Ueber  
200  
Verkaufsstellen.

# MAX TACK

500 Angestellte

## Rationelle Schulstiefel

unerreicht  
in Formen-Auswahl,  
Qualität u. Preislage.



	Grösse 25-26	27-30	31-35
Chevreaux u. Boxchrom u. Chevreaux-horse braun geschw. Besatz Lackkappe	390	490	590
Ia. Boxcalf Naturform	490	590	690
Ia. Chevreaux Lackkappe-Derby, Gehfalten	550	650	750
braun Ia. Chevreaux Lackkappe-Derby, Gehfalten	590	690	790

Verkaufshaus  
Rieschestrasse 10  
Breslau  
Beachten Sie unsere Schaufenster

### Stadt-Theater

Freitag 7 1/2 Uhr:  
Wagner-Zyklus, 2. Vorstellung:  
„Cassander“  
Sonnabend 7 1/2 Uhr:  
„Monna Hanna“  
Sonntag, nachmittag 3 1/2 Uhr:  
„Hoffmanns Erzählungen“  
Abends 7 Uhr:  
Wagner-Zyklus, 3. Vorstellung:  
„Lohengrin“

### Lobe-Theater

Freitag 7 1/2 Uhr:  
„Das Buch einer Frau“  
Sonnabend 7 1/2 Uhr:  
„Die Frau Präsidentin“  
Sonntag, nachmittag 3 1/2 Uhr:  
„Der aufstrebende Franz“  
Abends 7 1/2 Uhr:  
„Die Frau Präsidentin“

### Thalia-Theater

Freitag, Gruppe H, 4. Vorstellung:  
„Der Erbfolger“  
Sonnabend: „Gambold-Terris“  
Freitag, Gruppe H, 4. Vorstellung:  
„Der Haub“  
Sonnabend: „Der Haub“  
Sonnabend: „Der Haub“  
Sonnabend: „Der Haub“

### Schauspielhaus

Freitag 8 Uhr:  
„Der Freischütz“  
Sonnabend 8 Uhr:  
„Saff“  
Sonntag, nachmittag 3 1/2 Uhr:  
„Die Fledermaus“  
Abends 8 Uhr:  
„Saff“

### Liebig's Etablissement

Abends 8 Uhr:  
Das schillernde Opernprogramm.  
„Lora“, der Wunderpapagei.  
Sonntag, 8 Uhr, 4 Uhr:  
Naga-Berührung (L. Weiss)

### Zeltgarten

Auf vielseitigen Wunsch:  
Damen-Ringkampf  
d. Konkurrenz neu beigetreten.  
ist Fr. Flögel aus Breslau  
und das vorzügliche  
Spezialitäten-Programm.  
Abend 8 Uhr, Sonnabend 8 Uhr

### Zeltgarten-Tempel

Frei-Kino  
Frei-Doppel-Konzert  
Mit Juchacz, Schrammtrio  
Anzelle, Ital. Tenor

### Viktorla-Theater

Belvedere-Ensemble, Dresden  
Kin in's Vergnügen!  
Anfang 8 Uhr, Sonntags 12.30

### Für 287 Mk.

komplett Einrichtung, bestehend aus Wohn-  
zimmer, Schlafzimmer und moderner Küche.  
Diese Einr. kost. 410 Mk. Vornehm.  
Divan 42 Mk., Schrank 28 Mk., Vertikal-  
stuhl 35 Mk., Spiegel, Tisch, 10 Stühle, Rohrstuhl  
2,50 Mk., ein. Schlaf, Sofa mit Umbau,  
Tisch, Tischstuhl 12,50 Mk., u. u. liefert  
wirklich reell und billig  
Siegfried Rieger  
Superfischmiedstraße 24,  
11607 Bpt. 1859. - Tel. 9177.  
Auf Wunsch auch Teilzahlung.



„Triumph“  
„Cito“  
erstklassige Marken in zeitgemäßen Design.  
Gebrauchte Räder von 15 bis 20 cm.  
Neue Räder von 39,50 bis 45 cm.  
Reparaturen schnell und preiswert. Zeit-  
gehörige Garantie. Teilzahlung gestattet.

Tschener Fabradraht  
Striegauerplatz 18, 12121/2  
Friedrich-Wilhelmstraße 108.

### Die Wasche in Seifol

1/2 - 1/2 Stunde  
Kochen und  
blühend weiße Wasche  
ist das Resultat.

12040/3

### Hut-Manke

Inh.: Joh. Tesmer  
Friedrich-Wilhelmstr. 23



Hüte, nur gute, reelle  
Qualitäten  
für Herren und Knaben.  
Panama-Strohüte  
neueste Formen.

10678

### Circus Busch

Louisenplatz Tel. 3824 Breslau  
Sonnabend, den 5. April cr., abends 7 1/2 Uhr:

Gala-  
Eröffnungs-  
Vorstellung  
Mac  
NORTON!

## NORTON!

Das Phänomen des Magentrainings  
und das grosse glänzende  
Eröffnungs-Programm.

Preise der Plätze Fremdenloge 5,40 M., Loge 4,30 M.,  
Parkett 2,65 M., Tribüne 2,65 M.,  
inkl. Billetsteuer: Mittelbalken 2,40 M., Seiten-  
balken 2,15 M., Erster Platz 1,65 M., Zweiter  
Platz 1,05 M., Galerie 55 Pf.

Billet-Vorverkauf zu Kassapreisen im Zigarren-  
geschäft: Gust. Ad. Schleh  
(Telefon 2219) jetzt Schweidnitzerstrasse 9, Ecke Carlsstr.,  
bei Gebr. Barasch, Theaterkasse (Telefon 413) und an  
der Circuskasse. — Die Circuskasse (Tel. 3824)  
ist täglich vormittags von 11 Uhr ab geöffnet. —  
Billets zur Nachmittags-Vorstellung nur an der Circus-  
kasse.

2 Sonntag, den 6. April cr.:  
2 grosse Vorstellungen  
nachmittags 4 Uhr und abends 7 1/2 Uhr.

## Wir machen mit auf der Oder

Strasse 5, zweites Viertel vom Dünge,

3 Handwaschbücher 5 Pf.	5 Dolen Schürzen 20 Pf.
1 Sanger ohne Naht 5	3 Roll. Klebtpapier 28
2 Naturwabtücher 5	1 Kesselpfanne 30
1 Schwebbüche 6	1 Teppichfeger (Stoff) 32
1 Leinwandbüche 6	1 Büchlein 35
1 Pfeffermühle 10	1 Kesselpfanne 35
3 Kleiderbügel 10	3 Schwebbücher 40
1 Schwebbüche 15	3 Bad Schwebbücher 40
1 Schwebbüche 18	1 Kesselpfanne 45
1 Schwebbüche 18	1 Kesselpfanne 20 m 52
1 Schwebbüche 22	1 Kesselpfanne, dopp. 63
3 Schwebbücher 25	1 Kesselpfanne 75
1 Schwebbüche 30	1 Kesselpfanne 120
3 Schwebbücher 35	1 Kesselpfanne, 30 m 150

Schwämme, Spiegel, Seifenleder u. billigt.  
London & Co., Oberstr. 5, zweites Viertel  
1000 Bpt.

## Telegramm!

Oeffentlicher Verkauf heut und folgenden Tage  
von Monatsgarderoben und wenig getragenen  
Massgarderoben teilweise auf Seide gearbeitet.

Jackett-Anzüge	Mk. 9. 12. 16. 20.	etc.
Rock-Anzüge	„ 12. 16. 20. 24.	„ bis
Gehrock-Anzüge	„ 18. 22. 27. 32.	„ zu
Herren-Ulster	„ 10. 16. 18. 22.	„ den
Sommer-Paletots	„ 8. 12. 14. 18. 20.	„
Rosen	„ 3. 5. 6.	„ teuersten
Jünger-Anzüge	„ 9. 10. 14. 18.	„

Frack- und Gesellschafts-Anzüge  
werden verliehen.

Kaufhaus für Herren-Garderoben  
G. m. b. H.

Neue Schweidnitzerstrasse 6  
an der Gartenstrasse. 179

### Joh. Kluger, Breslau, Matthiasstr. 152.

Telephon 5835. Grosses Lager 12758  
in Fahrrädern und Nähmaschinen.  
Schlosserei, Schleiferei, Vernickelung  
mit elektrischem Betrieb.  
Grösste Werkstatt für autogene  
Sauerstoffschweißungen.  
Gegen Kasse niedrigste Preise. Teilzahl. gestatt.  
Man verlange Preislisten gratis und franko.

## Partei-Genossen

empfehle gute fertige Anzüge, ein- und zweireihig,  
in den neuesten Farben vorrätig:

1150	1400	1700	1900	2200	2500	2800
------	------	------	------	------	------	------

Anzüge nach Maß  
unter Garantie guten Sitzes von 18 Mark an.

## Die neueste Mode

marcine Chevot Jacco und Weiss dazu schwarz-  
weiß gestreifte Stoffe stelle ich in zwei Qualitäten  
sehr billig zum Verkauf.  
Qualität A: Anzug nach Maß mit ge-  
streifter Hose . . . . . nur 28<sup>50</sup>  
Qualität B: Anzug nach Maß mit ge-  
streifter Hose . . . . . nur 35<sup>00</sup>

Konfektionshaus  
Eugen Hamburger  
Bohrnerstrasse 25, Ecke Nachodstr.

„In freier Stunden“  
Schönste Damen-Modellier, Zeit 10 Pfennige

### Achtung!

Neu eröffnet!  
Empfehle allen Freunden und Genossen meine  
neu überarbeiteten und renovierten Lokationen  
unter günstigen Bedingungen.

Herrmann John, Gastwirt  
Königsstrasse 51.



## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 4. April.

### Eine unerwünschte Verarbeitung

Zur Gewinnung neuer Parteimitglieder ist gerade in der jetzigen Zeit unbedingt nötig. Die bevorstehenden Landtagswahlen verlangen eine starke Organisation.

Sonntag, den 6. April, von morgens 8 Uhr an, veranstalten einige Distrikte des sozialdemokratischen Vereins Mitglieder-Agitationen und zwar

**Distrikt I** (Gabis) vom Distriktslokal Friedrichstraße 50a aus.

**Distrikt 8** (Obertor), von Mehlgasse 52/54 aus.

**Da** " " Kleischlostr. 16 "

**Da** " " Heinrichstraße 5 "

**Distrikt 17a** (Schweidniger Tor, nördlich), vom Distriktslokal Neuborckstraße 65 aus.

Die Mitglieder dieser Distrikte und sonstige rührige Parteigenossen werden aufgefordert, rege mitzuarbeiten.

### Schluss der Statberatung im Stadtparlament.

Die Stadtverordneten haben den Schluss ihrer Statberatungen bis nach dem 1. April verschieben müssen, aber nicht den Schluss gezogen, sich etwas pünktlicher und zahlreicher zu den Sitzungen einzufinden. Als am gestrigen Donnerstag die gemeinschaftliche Sitzung zur Wahl der Vertrauensmänner für die Auslese der Schöffen und Geschworenen begann, hatten die Sozialdemokraten nicht nur in der Versammlung, sondern auch über den Magistrat die Mehrheit — so schlecht war das Haus besetzt. Gewählt wurden die Stadträte Dürke, Grund und Ward und die Stadtverordneten Pleischowsky und Wiener.

Die Leere des Saales verurteilte es auch, daß die Anträge auf Herabsetzung der Umsatzsteuer — eine dringende Hausbesitzerforderung — ohne Saug und Klang abgelehnt wurde, und da die Wortführer der Rechten noch nicht da waren, stimmten sogar ihre Getreuen gegen den selbstgestellten Antrag.

Schon beim Etat des Stadttheaters aber begannen die heftigen Debatten und lebhaften Abstimmungen, die bis zum Schluss der Sitzung andauerten. Herr Bujalowski, der ungeratene Sohn der staatserkhaltenden Rechten, brachte seine Bemängelungen des hohen Stadttheateretats, seine Kritik der Foyerzustände und seine Verdächtigungen über die Wahl des Intendanten wieder in einer Form vor, daß sich Oberbürgermeister Matting die „unerhörten Beleidigungen“ energisch verbitten mußte, was Herrn Bujalowski nicht hinderte, sie sichtlich zu wiederholen. Da er aber in der Versammlung allein stand, verdrängten sich seine Vorschläge nicht zu Anträgen, und fanden auch sonst keinerlei Beachtung.

Die nächste Schlacht wurde beim Etat der verschiedenen Einnahmen und Ausgaben geschlagen, in dem der Etatsanschuss neben anderem 500.000 Mark für Krankenhäuser und Armenhausbauten gestrichelt hat, um 9 Prozent Steuern herabsetzen zu können. Außerdem gab es hierbei ein Geplänkel um die baldige Subvention des Lobetheaters und eine Erklärung des Genossen Neutrich, die vor allen Dingen verlangte, die Arbeitslosenfrage in der Kommission von jetzt ab etwas temperamentsvoller zu behandeln, als es bisher geschehen war. So sehr sich auch Kammerer und Bürgermeister dafür ins Zeug legten, den Baufonds für Krankenhäuser etc. im Interesse einer soliden Finanzwirtschaft zu retten, die Mehrheit stimmte ihn rücksichtslos nieder, und die Sozialdemokraten blieben bei ihrer Bestürzung fast allein.

Fast allein stand unsere Fraktion auch bei der Vertretung der Straßenbahner-Interessen, für die sich Genosse Zimmer in längerer Rede ins Zeug legte. Er kritisierte die geringen Anfangslöhne der Angestellten, die Breslau weit unten in der Statistik stellen, die willkürlichen Entlassungen, die Bevorzugung der Gelben und der Streber in der Verwaltung, und die Drangsalierungen der organisierten Straßenbahner. Da unter dieser Drangsalierung auch die christlichen Straßenbahner leiden, schloß sich Herr Herzfeld den Beschwerden des Stadtverordneten Zimmer an. Stadtrat Töbler, einer der merkwürdigsten Herren im Magistratskollegium, wußte auf die vorgebrachten Details wieder nichts zu sagen als: die Dinge stimmen nicht, auf der Straßenbahn ist alles gut. Den weiteren Gang der Debatte versuchten die Herren von der Rechten durch einen Schlussantrag zu unterbinden, da aber mehrere Vorlagen über die Straßenbahn zur Verhandlung kamen, konnte Genosse Schütz den Stadtrat noch ein wenig weiter machen. Allerdings Genosse Zimmer kam nicht mehr zum Wort, denn die Herren der Rechten — die Straßenbahnerfreunde! — hatten keine Zeit mehr, sich mit ihnen Wählern zu beschäftigen, sondern setzten zum zweiten Male den Schluss durch. Was die Angestellten der Straßenbahn sich zur Notiz nehmen wollen!

Nachdem einige weitere Etats behaltelos erledigt waren, kam es zur Festsetzung der Steuern und zur Schlussabstimmung. Hier wiederholte sich das selbe Spiel der Steuerdrückbergerei. Die ganze Jahrhundertfeier hat im Stadtverordnetensaal noch nicht so viel Begeisterung entfachen können, als die Aussicht, ein paar Prozente von den Steuern herunterzubekommen. Jedes Wort des Oberbürgermeisters, daß auch der Zukunft zu gedenken, war in den Wind gesprochen. Die Warnungen des Statreferenten, Herrn Dettinger, vor einer höheren Zukunft wurden nicht beachtet. Herr Sande war der Held des Tages, er spekulierte diesmal in Steuern, und da er auf Baiffe etabliert war, fand er den frenetischen Beifall

der Rechten, deren Gefolgschaft er immer findet, wenn er den rechten Spielerton anzuschlagen beliebt. Die Situation lag so: Aus dem Etat des Magistrats, der 9 Prozent Steuererhöhung vorsah, hat die Mehrheit des Etatsausschusses eine ganze Reihe fortschrittlicher Positionen gestrichelt, um die Steuern unter allen Umständen niedrig zu halten. Fast 1 Million Mark wurden so an durchaus wünschenswerten Ausgaben „gespart“, bis schließlich dies Verfahren auch dem ersten Finanzmann der Versammlung zu arg wurde, und er seine Freunde beschwor, die Hälfte dieser Summe, 500.000 Mark, der Stadt für alle Fälle zur Verfügung zu halten, und die Steuern nicht um 9 Prozent gegen den Magistratsvorschlag herabzusetzen, sondern nur um 4 Prozent. Aber die Tiger hatten Blut geleckt, die Stimme des Herrn Dettinger wurde nicht gehört. Den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion begründete Stadtverordneter Lobe mit folgenden Worten:

„Ich habe nie ein so begeistertes Stimmgeben in dieser Versammlung gehört, als heute, wo Sie die Absicht haben, sich vor höheren Steuern zu drücken (Unruhe), wo Sie auf einmal behaupten, man soll nichts für schlechtere Zeiten zurücklegen (Unruhe). Ihre Tendenz, die Steuern unter keinen Umständen zu erhöhen, selbst dann nicht, wenn notwendige Ausgaben das erheischen, läuft darauf hinaus, die Schuldenwirtschaft auf's glühendste zu erhöhen. Als der Kammerer die Höhe unseres Schuldenstandes und der zukünftigen Anleihe hier mitteilte, gab es viel Unwillen. Aber jeder Versuch, diese Schuldenwirtschaft der Stadt zu mildern, haben Sie zurückgewiesen. Die Abstimmung über die Höhe der Steuern ist die letzte Gelegenheit zu einer fürsorglichen Kommunalpolitik, zu einer weisen Fürsorge für die Zukunft. Wir halten den Etat, der 168 Prozent Steuern fordert, für den günstigsten, gegenüber dem von Herrn Sande beantragten, und würden deshalb für ihn stimmen. (Zurufe.) Meine Herren, so wenig wir gebunden sind, für jeden Etat zu stimmen, wie er auch aussieht, so wenig haben wir es grundsätzlich nötig, gegen jeden Gemeindeetat zu stimmen, sondern nehmen uns die Freiheit, den günstigsten Etat dem ungünstigsten vorzuziehen. Wenn es jemandem schwer fällt, in teuren Zeiten höhere Steuern zu bezahlen, dann sind es unsere Wähler. (Zurufe.) Herr Singer, wir vertreten die Hälfte der dritten Wählerabteilung und haben in anderen Bezirken erhebliche Minoritäten, mithin ist durch uns ganz direkt eine erhebliche Steuersumme repräsentiert, indirekt noch viel mehr, denn Sie könnten alle keine Steuern bezahlen, wenn die Arbeiter die Zinsen nicht verdienen. (Große Unruhe und lebhafter Beifall bei den Erz.) Wir stimmen für 168 Prozent, weil wir die Vermehrung der Schuldenwirtschaft nicht wollen, weil wir im nächsten Jahre nicht eine Steuererhöhung um 15 bis 20 Prozent wollen, und weil wir uns die Möglichkeit für soziale Ausgaben nicht verschließen wollen. Nehmen Sie 164 Prozent an, also den schlechtesten Etat, dann werden wir dagegen stimmen, und die Annahme des Etats Sande-Jeron im Interesse der Wahrheit und der Klarheit denen überlassen, die ihn so zugereicht haben. (Lebhafter Beifall und Unruhe.)

Nach dieser Erklärung wurde ein Schlussantrag angenommen. Die Mehrheit der Staatserkhaltenden stimmte für den schlechten Etat und brachte dadurch die Sozialdemokraten in die Minorität derjenigen, die diesen Etat ablehnten. Mit den Sozialdemokraten stimmten sechs Liberale, nämlich die Herren Scharie, Mich, Müller, Dettinger, Reich und Tiege. Alle anderen zogen das Interesse ihres eigenen Steuerjockels dem Interesse des Allgemeinheit vor, schlugen den Bürger vor der Landtagswahl vor einer Steuererhöhung, um ihn im nächsten Jahre desto gründlicher zu rufen. Die Zukunft wird's ja lehren!

### Etat des Stadt-Theaters.

Der Berichterstatter Stabts. Dettinger (lib.) empfiehlt, den Etat des Stadt-Theaters vorläufig festzusetzen. Von den beiden neuen Direktoren des Lobetheaters hofft Reiner, daß es ihnen gelinge, dem Magistrat ihre künstlerische und materielle Tüchtigkeit nachzuweisen, damit er ihnen die erbetenen 30.000 Mark Unterstützung bewilligt.

Stabts. Bujalowsky (konj.) bittet, der Anregung des Stabts. Dettinger Rechnung zu tragen und den Direktoren des Lobetheaters die Unterstützung von 30.000 Mk. zu geben. Die erziehlische Kulturaufgabe des Theaters liegt gerade im Schauspiel, nicht in der Oper, weshalb die Unterstützung sehr angebracht ist. Beim Stadt-Theater möchte man nicht so verfahren, wie bei anderen städtischen Betrieben, sondern einen gewissen Zuspruch festsetzen, über den nicht hinausgegangen werden darf. Mehr als 120.000 Mk. Zuschuß sollte nicht bewilligt werden. Das muß geschehen, selbst wenn dadurch die eine oder andere künstlerische Kraft zurücktreten müßte. Daß die Wandelhalle des Stadt-Theaters noch nicht ausgestattet worden ist, ist eigentlich eine Schilbühnerei. Wir sammeln und sammeln, bauen aber nicht. Ich wünsche, daß die Wandelhalle, die wie ein Stall aussieht, möglichst bald angemessen ausgebaut wird; die nötigen Mittel, die noch fehlen, können wir sehr wohl auf einmal bewilligen.

Oberbürgermeister Matting: Die Unterstützung des Herrn Bujalowsky wegen der Wahl des Intendanten muß ich als eine unerhörte Beleidigung zurückweisen. Die Auswahl ist nach sorgfältigster Prüfung unter einer großen Zahl von Kandidaten erfolgt. Die Anregung des Herrn Bujalowsky zum Etat könnte dazu führen, daß wir noch höhere Zuschüsse an das Theater leisten müßten, denn wenn wir das Theater nicht mit Liebe und Sorgfalt pflegen, jagen wir die Besucher hinaus. Ich hätte sehen mögen, was Herr Bujalowsky gesagt hätte, wenn Direktor Löwe nach dem Leipzig gearbeitet hätte, das er heut hier aufstellt. Da hätte er sicher trotz des geringen Zuschusses die besten Leistungen verlangt. Wir können jetzt unter der Intendantur doch nicht unter die künstlerischen Absichten heruntergehen, die Direktor Löwe verfolgte.

Stabts. Bujalowsky (konj.): Trotz der starken Kritik des Herrn Oberbürgermeisters vermiße ich eine Antwort auf meine Frage über die Auswahl der Intendanten. Daß ich die Tendenz des Stadt-Theaters verschlechtern will, ist nicht zutreffend, aber es ist doch richtig, im Zuschuß eine Grenze zu ziehen. Wir haben jedenfalls gegenüber der Bürgerchaft die Pflicht, die Ausgaben begrenzt zu bestimmen. Oberbürgermeister Matting: Gegenüber dem Herrn Bujalowsky kann ich nur sagen, daß der vorliegende Etat begrenzt ist und Sie das Recht haben, ihn nach Belieben festzusetzen.

Der Berichterstatter tritt ebenfalls dem Stabts. Bujalowsky entgegen. An den jetzigen Ausgaben des Stadt-Theater-Etats könne nichts geändert werden.

Der Vorschlag wird dann nach den Ausschlußanträgen festgesetzt.

### Etat der verschiedenen Einnahmen und Ausgaben.

Der Etatsanschuss schlägt vor, für Provinzialabgaben 150.000 Mk. hinzuzusetzen, die Ausgaben für Grundwerb zum Freilegen und Ausgestatten künftiger Straßen und Plätze um

50.000 Mk. zu vermindern und den Fonds von 500.000 Mk. für Kranken- und Armenhausbauten und höhere Schulen ganz zu streichen. Der Berichterstatter Stabts. Bischoff (lib.) empfiehlt, die Ausschluß-Anträge anzunehmen.

Kammerer Matthes: Der Etatsanschuss hat uns erhebliche Ueberreichungen gebracht. Die Sparankette ist fast beseitigt worden, besonders wurden die Fonds stark vermindert und in einem Falle ganz abgesetzt. Wir hatten 150.000 Mark eingelegt für vorbereitende Straßenerweiterungen. Hier ist verfahren worden ähnlich wie beim Schulhausbaufonds, indem man 50.000 Mark abstrich, obwohl bereits 120.000 Mark ausgegeben sind. So ist es auch beim Baufonds, wo wir 50.000 Mark einstellten. Es ist keine Sparankette, wo man nicht einmal die Mittel bewilligt, die wir nachweisen. Die Hauptstreichung ist aber die des Fonds für Armen-Krankenhäuser und höhere Schulen, für den vorigen Jahr 500.000 Mark gegeben wurden. Wir stellen in den Etat ein, was die Lehrer kosten, im übrigen aber sagen Sie, für Schulen haben wir nicht zu sorgen, das mag der Zukunft überlassen bleiben. Das heißt, Verpflichtungen, die wir haben, unseren Nachkommen aufbürden. Ebenso liegt es bei den Krankenhäusern. Im Allerheiligenhospital sind etwa 700 Kranke in unzulänglichen Räumen untergebracht, und trotzdem streicht man die Forderung, für Neubauten die nötigen Gelder zuzulegen. Wir sehen auch heute schon die Folge dieses Finanzgebahrens. Unsere Schuldenlastung ist von 1900 bis 1911 von 1 1/2 Millionen Mark auf 4 1/2 Millionen Mark gewachsen. Wenn ich von den Sparkassenüberschüssen absehe, haben wir aus laufenden Mitteln von 1890 bis 1911 8 Millionen Mark für Schulbauten ausgegeben. Wir haben dadurch eine Schuldenlast von 6 Millionen Mark erspart und jetzt den Steuerzahlern jährlich 420.000 Mark. Bei den Krankenhäusern sehen wir von 1890 bis 1911 jährliche Ausgaben 893.000 Mk. Wäre dieser Betrag aus laufenden Mitteln gedeckt worden, so hätten wir 12 1/2 Millionen Mark weniger Schulden und ersparten den Steuerzahlern jährlich 704.000 Mark.

Stabts. Hamburger II (lib.): Der Magistrat ist hinsichtlich der Unterstützung der neuen Direktoren des Lobetheaters der Ansicht wie manche Juristen, daß die Sache gefördert wird, wenn ein neuer Termin angelegt wird. Man sagt, der Vertrag der Direktoren ist so, daß es nicht angezeigt ist, ihnen Mittel zu bewilligen. Ich verheiß nicht ganz diese Kritik an Verträge der Direktoren. Sie haben sich zum Verträge entschlossen an der Hand der Bücher, die feinerzeit auch dem Magistrat vorliegen. Weiter sagt der Magistrat, er hat auch noch spätere Zeit, etwas zu bewilligen. Das ist richtig, aber billige Ansprüche sollte er schon jetzt befriedigen. Ich beantrage, die 30.000 Mark für klassische Dramen und Schauspiele den neuen Direktoren des Lobetheaters in zwei Raten zu bewilligen.

Stabts. Bujalowsky (konj.): Die Verpflichtung, für das Theater einzutreten, beginnt nach meiner Meinung beim Schauspiel; freilich zahlen die Direktoren des Lobetheaters eine unerhörte hohe Pacht, obwohl es in den letzten Jahren wenig hohe Entwürfe brachte. Darnach sieht es freilich so aus, daß den Vorteil einer Unterstützung der Verpächter nicht.

Stabts. Neutrich (Soz.): Ich muß Ihre Aufmerksamkeit auf eine Sache lenken, die mit dem Theater nichts zu tun hat, aber ebenfalls sehr wichtig ist. Im Etatsanschuss haben wir beantragt, 20.000 Mark für eine städtische Arbeitslosen-Unterstützung einzusetzen, um einen Grundstock zu schaffen für schlechte wirtschaftliche Zeiten, die zweifellos wieder kommen werden. Dieser Antrag ist abgelehnt worden mit der Begründung, die Studienkommission möge erst ihr Gutachten darüber abgeben, was in der Sache geschehen soll. Dabei ist ferner erklärt worden, es ist nötig, daß diese Kommission schneller als bisher arbeitet. Wir entnehmen aus dieser Haltung des Etatsausschusses, daß er nicht grundsätzlich die Arbeitslosen-Unterstützung ablehnt. Wir verzichten deshalb heut darauf, nochmals über die 20.000 Mark abstimmen zu lassen, erwarten aber mit dem Etatsanschuss, daß jetzt wirklich die Studienkommission kräftiger an die Arbeit geht und für die Arbeitslosen recht bald etwas schafft.

Stabts. Dettinger (lib.): Der Herr Kammerer hat gesagt, die 150.000 Mark für Straßenerweiterung seien nötig; ich habe jedoch unter den Beschlüssen keinen gefunden, der sich auf das Jahr 1913 bezieht. Der Baufonds, für den jetzt 50.000 Mark gefordert werden, ist nicht verringert worden; es ist bei den 50.000 Mark geblieben. Der Kammerer sagt, bedenken Sie, was müßten wir hier an Zinsen zahlen, hätten wir nicht die Ausgaben laufend gedeckt. Nun, ob wir 4 Millionen Mark Zinsen zahlen oder 3,8 Millionen Mark, das macht nicht viel aus. Wir würden gern die laufenden Ausgaben bewilligen, wenn das unsere Finanzen erlaubten. Ich bitte Sie, die Beschlüsse des Etatsausschusses anzuerkennen, die durch aus das Richtige treffen.

Oberbürgermeister Matting: Sie erparnen mit der Festsetzung der Steuer 5 Prozent; eine Anerkennung verdient damit der Etatsanschuss für seine lange Arbeit nicht. Wo wirklich eine Ersparnis eingetreten, die Fälle sind an den Fingern heranzuzählen. Ich kann nicht umhin, mein lebhaftes Bedauern darüber auszusprechen, daß die Fonds zum Teil gekürzt und aufgehoben wurden. Es ist eine verheerende Politik, der Zukunft all die großen Ausgaben zu überlassen. Jahr für Jahr müßten wir für Krankenhausbauten ausgeben etwa 270.000 Mark für 45 Betten. Das ist der Bedarf, der bei einem jährlichen Bevölkerungszuwachs von etwa 10.000 Menschen nötig ist. In demselben Maße wachsen die Lasten für Volksschulbauten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die nötigen Fonds sollten also unbedingt angeammelt werden. Herr Dettinger sagte, was macht's aus, daß bei 4 Millionen Mark Schuldenstand 200.000 Mark erspart werden. Dabei hat Herr Dettinger übersehen, daß wir diesen Betrag schon erparnen, wenn wir 500.000 Mark in den Schulbaufonds einstellen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man sagt auch, das Hauptvertrauensverhältnis wäre doch da und könnte ausreichen. Herr Dettinger hat aber früher gerade gesagt, daß aus diesem Fonds nur die notwendigen Ausgaben des laufenden Jahres zu bestreiten sind. Dann ist darauf hingewiesen worden, daß man die Tilgung der Anleihen erhöhen könnte. Jedenfalls ist es aber besser, gar keine Anleihe aufzunehmen. Herr Dettinger soll uns nur 500.000 Mk. geben, dann könnten wir gleich mehr tilgen. Benigstens hätte man den Antrag Kaiser nehmen sollen, 250.000 Mark zu bewilligen. Ich halte meine Darlegungen als ausichtslos, glaube mich aber als verpflichtet, auf die Gefahren einer solchen Politik hinzuweisen. Denken Sie doch daran, was in 20-30 Jahren sein wird. Wird es dann möglich sein, auch alle größeren Ausgaben auf die Zukunft zu legen? Nein, das geht ja gar nicht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Zur Unterstützung der Herren Direktoren vom Lobetheater möchte ich sagen, die 30.000 Mark würden sie schon nehmen, aber sie können vielleicht noch in diesem Jahre und verlangen mehr. Da müssen wir doch ganz klare Verhältnisse fordern, denn mit den 30.000 Mark könnte beiden Direktoren der Glaube erneuert werden, daß sie diesen Betrag auch überschreiten können. Damit schaffen wir Zustände, die bei Herrn Dr. Löwe beflagt wurden. Sollte der Magistrat die 30.000 Mark bewilligen und es ginge damit nicht, so machten sie zweifellos dem Magistrat heftige Vorwürfe. Bestimmen Sie genau, was der Magistrat geben soll; er wird sich gegen das, was nötig ist, nicht wenden.

Stabts. Goldschmidt (lib.): Die Oper ist ein Sederstein für wenige, das Schauspiel dient dagegen der Erziehung des Volkes. Wir verlangen deshalb, daß den Bürgern im Schauspiel etwas geboten wird, und wenn wir etwas bewilligen, etwa 30.000 Mark, so geht unsere Sicherheit eben auf diesen Betrag. Ich übernehme gern die Verantwortung dafür, auch wenn wir von dem Gebot nichts mehr wiedersehen. (Große Zurufe.) Wir können die Leute den Kinos nur aus dem Halbe reißen, wenn wir das Schauspiel gut pflegen.

Ein Schlussantrag wird angenommen. Die Unterstützung der Direktoren des Lobetheaters wird abgelehnt.



Die Arbeitsverhältnisse der Straßenbahner.

Bei der Verwaltung der Straßenbahn sollen ein paar neue Stellen geschaffen werden. Stadtv. Hanke (lib.) empfiehlt Zustimmung zur Magistratsvorlage.

Stadtv. Zimmer (Soz.): Ich möchte mir bei der Gelegenheit erlauben, einiges zu bemerken. In den Etat ist eine größere Summe für Besoldungserhöhungen vorgelesen. Ich wollte bitten, bei der Aufstellung dieser Summe nicht nur die höheren Stellen zu berücksichtigen, sondern vor allen Dingen die Anfangsgehälter zu verbessern. Unter 108 Straßenbahnen steht die Breslauer in den Löhnen an 138. Stelle. Keine große Stadt weist so niedrige Anfangsgehälter auf. Weiter möchte ich hinweisen auf die Härte, mit der Entlassungen vorgenommen werden. Wenn ein Arbeiter krank wird, oder einen Unfall erleidet, erfolgt prompt die Entlassung. In bürgerlichen Betrieben würde das mit Recht scharf beurteilt werden. Die wichtigsten Gründe werden an den Herren herbeigezogen, um die Entlassungen zu rechtfertigen. Ein Arbeiter, der verunglückt war, wurde entlassen, weil er ein „Simulant“ sei. Dabei hat die Berufsgenossenschaft, die doch wahrhaftig nicht an übertriebenem Wohlwollen für die Unfallverletzten leidet, dem Manne eine Bescheinigung erteilt. Nachträglich wurde die Entlassung noch mit den Straßen zu rechtfertigen versucht, die der Mann bereits im Betriebe erlitten haben soll. In Wirklichkeit ist er in drei Jahren nur acht mal wegen kleiner Versehen bestraft worden, weil er ein wenig zu spät gekommen war, oder eine Scherbe zerfallen hatte u. dergl. Ein anderer Arbeiter wurde entlassen, der 140 Tage dem Dienst fern bleiben mußte. Der Mann war verunglückt, dabei auch sonst noch krank, und lag im Allerheiligenhospital. Am 13. Januar ist er verunglückt, am 24. hatte er bereits seine Kündigung und heute läuft der Mann noch ohne Arbeit herum, weil ihm seine Invalidenrente nicht ausbezahlt wird. Die von der Straßenbahn entlassenen Arbeiter können anderwärts schwer Stellen erhalten. Man sagt, sie müßten sich etwas Schöneres haben zu Schulden kommen lassen, da doch bei der Straßenbahn sonst fortwährend neue Leute eingestellt werden.

Sandberger vertritt es auch, daß die Mitglieder des Arbeiterausschusses, wenn sie zu Beratungen zusammenzutreten wollen, und für diese Zeit um Gewährung von Stellvertretern bitten, sie nicht erhalten. Aber wenn von anderer Seite Versammlungen einberufen werden, hat man Leute übrig, um sie als Spitzel hinzuschicken. Ein Schaffner bekam wegen einer schweren Entbindung seiner Frau ganze zwei Stunden Urlaub bewilligt, während es für den gelben Verein im Betriebe immer viel Zeit übrig hat. Da ist Herr Inspektor Witte der Vorsitzende, und der Beitrag wird den Arbeitern einfach vom Lohn abgezogen. Ob wohl Herr Witte auch anderen Vereinen die gleiche Wohlthat erteilen und ihnen die Last des Beitragslastens abnehmen möchte? Er könnte sich dabei sogar noch eine Provision verdienen. Ist es auch bekannt, daß Oberfährer Bischof beim Unterweisungsdienst die Leute einschließt und damit Freiheitsberaubung verübt? Herr Witte wird das natürlich nicht wissen. Er hat zuviel mit seinem gelben Verein zu tun, als daß er sich darum kümmern könnte, was in seinem ihm unterstellten Betriebe vorgeht.

Ferner möchte ich den Magistrat anfragen, ob noch immer nach der alten Verfügung verfahren wird, daß beim Dienst nur höhere Unteroffiziere, Gefreite und Offiziersburgen beschäftigt werden. Es kann doch nicht jeder Mensch Unteroffizier gewesen sein. Beim Militär werden auch nicht die intelligentesten Leute Offiziersburgen, und nach dieser alten Verfügung könnte es scheinen, als lämen im Straßenbahndienst nicht Fähigkeiten in Betracht, sondern nur, ob der Angestellte gut Büdinge machen kann. Wir müssen diese Dinge hier zur Sprache bringen, denn in der Deputation besteht keine Möglichkeit. Es hat das dort auch gar keinen Zweck, denn Herr Stadtrat Tobler glaubt nur alles, was ihm die Oberbeamten mitteilen. Deshalb bringen wir die Dinge öffentlich zur Sprache. Die Straßenbahn geht nach dem Ruhme, der rüchstandigste aller Betriebe zu sein. Ich bitte den Magistrat, den Dingen auf den Grund zu gehen, vor allem aber, die Anfangsgehälter aufzubessern, in erster Reihe Breslauer Arbeiter zu beschäftigen und weniger hart bei Entlassungen zu verfahren.

Stadtv. Hertel (Ztr.): Ich wollte zu erwägen bitten, ob man dem Fahrpersonal nicht Beamtenqualität geben könnte, da es doch zum Teil polizeiliche Befugnisse ausübt. Auch die sonstigen Bedürfnisse bitte ich möglichst zu befriedigen. Das Koalitionsrecht muß gewahrt werden, auch für die christlichen Arbeiter. Die beste Arbeitslosenversicherung ist die Verhinderung der Arbeitslosigkeit; ich kann deshalb das hier gegen die Entlassungen Gesagte nur unterstützen. Ich wollte bitten, zu erwägen, ob man bei der Straßenbahn Verunglückte nicht ähnlich wie bei der preussischen Eisenbahn mit leichteren Arbeiten beschäftigen könnte. Vor allen Dingen wünschen auch wir keine rigorose Behandlung der Arbeiter.

Stadtrat Tobler: Die Frage der Beamtenqualität wird geprüft; es gibt dabei aber viel zu berücksichtigen. Die Verwaltung ist bemüht, den Arbeitern entgegenzukommen, wenn dabei auch nicht alle Wünsche in Erfüllung gehen können. Bei Entlassungen wird stets so schonend wie möglich verfahren. Ich befreite, daß den Leuten im Bezirk dauernde Beschäftigung versprochen worden ist. Wenn ein Mann seine Papiere nicht sofort bekommen hat, ist das ein Fehler. Er sollte sich dann bald an die Verwaltung wenden. Ich befreite auch, daß Krankheit der Entlassungsgrund war. Daß Breslau an 138. Stelle steht, stellt die Dinge nicht richtig dar. Wenn man die Städte mit unnatürlich hohen Mieten und Lebensmittelpreisen außer Betracht läßt, wo natürlich auch die Löhne höher sein müssen, dann nehmen wir in Breslau eine mittlere Stellung ein. Von dem Betrag, der für Lohnserhöhungen in den Etat eingestellt ist, sind auch drei Mark monatlich für das Fahrpersonal berechnet. Die Parteifreunde des Herrn Zimmer hätten die Beschwerden sehr wohl im Ausschuss vorbringen können.

Ein Schlußantrag wird angenommen und die Redage genehmigt. Es folgt der Etat der Straßenbahnen.

Stadtv. Hanke (lib.): Der Etat ist ungünstig in den Ausgaben hineingekommen und günstig kommt er wieder heraus, indem wir die Einnahmen um 150.000 Mark höher angelegt haben. Wie richtig das war, zeigt das Ergebnis des Vorjahres. Wir haben 5.380.000 Mark eingenommen, obwohl nur 5.100.000 Mark veranschlagt waren.

Stadtrat v. Scholz: Die Erhöhung der Einnahmen im Etat ist eine ganz willkürliche Sache. Es muß auch darauf verwiesen werden, daß erhöhte Einnahmen fortwährende Ausgaben mit sich bringen.

Stadtv. Schütz (Soz.) bestätigte aus seinen Erfahrungen heraus die Richtigkeit der Angaben Zimmers über die Arbeiterverhältnisse bei der Straßenbahn und weist auf seine gleichlautenden Ausführungen bei der Generaldebatte über den Etat. In den Deputationen ist es unmöglich, Arbeiterfragen so wie nötig, zu erörtern, da die Tagesordnung stets überlastet ist.

Stadtrat Tobler: Ich muß bestritten, daß in der Verkehrsdeputation immer keine Zeit für Arbeiterfragen vorhanden ist. Die Deputation hält alle vierzehn Tage eine Sitzung ab. (Stadtv. Schütz: Wenn war die letzte?) Es kann schon sein, daß nicht alle Arbeiter zuhören sind; es ist eben nicht möglich, alle Wünsche zu befriedigen.

Ein Schlußantrag wird angenommen und der Etat nach dem Ausschlußantrage festgesetzt.

Dem Etat der Straßenbeleuchtung wurden 39.500 Mark für Einrichtung elektrischer Beleuchtung der Kaiser Wilhelm-Straße angelegt. Ferner wurde für die Einrichtung der Fernzündung der Straßengaslaternen eine vierte Rate von 50.000 Mark bewilligt. Der Antrag auf größere Beschleunigung in der Einführung der Gasfernzündung wurde dagegen abgelehnt. Der Magistrat wurde ersucht, auf Straßen, die nur einseitig beleuchtet sind, die Laternen die ganze Nacht brennen zu lassen.

Weiter wurden erledigt der Haushaltsplan der Beamtenbesoldungen und der der Gemeindefeuerung. Die Aufhebung der Herabsetzung der Ansichtssteuer für behaute Grundstücke wurde abgelehnt. Schluß der Sitzung 7 1/2 Uhr.

Sonntag vormittag 11 Uhr Protest-Versammlung im Gewerkschaftshause. Redner: Reichstagsabgeordneter Eduard Bernstein über Wehr- und Defensivvorlagen.

Der nächste Frauenabend des sozialdemokratischen Vereins Breslau ist eine gemeinschaftliche Zusammenkunft aller weiblichen Mitglieder in einem Lokal und wird Donnerstag, den 10. April, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses abgehalten. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag der Parteisekretärin für Schlesien, Genossin Frieda Wulff über die Frauen und die Landtagswahlen. Die Genossinnen werden ersucht, schon jetzt für guten Besuch dieser Versammlung zu sorgen.

Der Verein Freier Gedante, Ortsgruppe Breslau des deutschen Freidenkerrundes, hielt am 1. April seine ordentliche Monatsversammlung ab. Der angekündigte Vortrag des Herrn Justizrat Paul Wibeck: „Heraklits Philosophie im Lichte moderner Weltanschauung und menschliche Glückseligkeit“ hatte zahlreiche Mitglieder und Gäste im Vereinslokal „Alter Weinstock“, Poststraße 3, vereinigt. Nachdem der Vorsitzende, Herr J. Wiefenthal darauf hingewiesen hatte, daß die Ziele und Zwecke des Vereins in der Dampfschiffahrt darin liegen, Aufklärungsarbeit gegen Volksverdummung zu leisten, erteilte er dem Vortragenden das Wort, der ungefähr folgendes ausführte: Heraklit, der vor etwa 2500 Jahren gelebt hat, war einer der bedeutendsten griechischen Philosophen, dessen Lehre in dem Grundsatz gipfelte: „Alles in der Welt, auf der Welt und außerhalb der Welt ist ein ewiges Werden und Vergehen.“ Mit dieser feiner Ansicht stand er schon damals auf dem Boden der Wissenschaft, wie sie durch Goethe, Spinoza, Darwin und Haeckel vertreten wurde. Wiederr sprach die Hoffnung aus, daß durch ähnliche Betrachtungen, wie sie der Verein Freier Gedante unentwegt und unerschrocken als sein Programm aufgestellt habe, die in seinem Vortrage ausgeprochene Weltanschauung immer mehr und mehr Gemeingut werde.

Eröffnungsfeier der Jahreshunderausstellung. In der Hauptausstellung am Mittwoch wurde das Programm für die Eröffnungsfeier beschlossen, das gegenwärtig dem Kronprinzen als Protokoll zur Bestätigung unterliegt. Die Eröffnungsfeier wird in der Jahreshunderhalle veranstaltet. Zu dieser Feier werden sämtliche Zeichner des Garantiefestes, voraussichtlich mit ihren Damen, Einladungen erhalten.

Napoleon I. und seine Zeit.

Die vier zeitgemäßen Vorträge des Genossen Bernhardt Müller über Napoleon I. und seine Zeit, die der sozialdemokratische Verein Breslau veranstaltet, beginnen heute abend im großen Saale des Gewerkschaftshauses und werden an den nächsten drei Freitag abend fortgesetzt. Schon der erste Vortrag verspricht sehr fesselnd und anregend zu werden, denn er ist wie folgt gegliedert:

Uebersicht über die Zustände in Frankreich vor 1789. Ludwig XV. Ludwig XVI. Abel - Kerus - Bürger - Bauer. Der Zusammenbruch. Die Diktatur. Der Konvent. Frankreich und Europa. Napoleon Bonaparte.

Eine Karte für alle vier Vorträge kostet nur 30 Pf., eine Karte für einen Vortrag 10 Pf. Die Vorträge beginnen pünktlich abends 8 1/2 Uhr. Zutritt haben nur Personen über 18 Jahre. Eintrittskarten sind im Parteisekretariat, Margaretenstraße 17, und am Saaleingang zu haben.

Die Dichter der Revolution.

Einen hohen künstlerischen Genuss werden die Teilnehmer der Versammlung haben, die am Montag abend im Saale des Gewerkschaftshauses stattfindet und in der einer unserer besten Redner, Genosse Dr. Poensgen-Alberty, früherer Oberregisseur in Frankfurt a. M., über die revolutionären Dichter der vierziger Jahre sprechen wird. Genosse Dr. Poensgen-Alberty wird bei dieser Gelegenheit aus seine, Freiligrath und Herwegh's elserne Truggefänge rezitieren. Der Eintritt kostet 15 Pf. Karten im Parteisekretariat und am Saaleingange.

Lehrer und Landtagswahl.

In der „Schlesischen Schützling“ beschäftigt sich Herr H. Gramatte-Breslau mit der Stellung der Lehrer zu den bevorstehenden Landtagswahlen. Er betont, daß auch die Lehrer, wie viele andere Berufe, gewisse Anforderungen an die aufgestellten Kandidaten stellen müssen. Soweit denkt Herr Gramatte recht praktisch und vernünftig. Etwas wunderbar mutet nur folgender Satz an: Deshalb strahle ich es als den einzig richtigen Weg, überall, wo es irgend möglich ist, am besten in der Form von Kreisversammlungen, die zweckmäßig den Bereich eines Wahlkreises umfassen mögen, Lehrerversammlungen zu veranstalten, zu denen die Landtagskandidaten jeder Parteielichtung (mit Ausnahme der Sozialdemokratie) des Wahlkreises einzuladen wären.

Zweifellos gehören die Lehrer einem der intelligentesten Berufe an. Es wäre daher wohl unnötig, ihnen noch eine Vorlesung darüber zu halten, daß die Sozialdemokratie eine staatslich anerkannte und gleichberechtigte Partei ist. Auch ihre Stärke und Bedeutung wird schließlich jeder politisch nicht ganz ver-nagelte Kopf begreifen. Schon das sollte die Lehrer veranlassen, auch Vertreter dieser Partei zu hören.

Dazu kommt aber noch etwas für Volkserzieher ungleich Wichtigeres. Der Sozialismus ist von denkenden Männern schon längst als eine der großartigsten Kulturbewegungen anerkannt. Sein pädagogisches Programm ist das zweifelloste Beste und Fortschrittlichste. Ist nicht die Trennung der Kirche vom Staate und die damit verbundene Befreiung der geistlichen Schululaussicht ein sehnsüchtiger Wunsch des weitläufigsten Teils der preussischen Lehrer? Und diese mittelalterliche Verengung der Wissenschaft nach dem vorgeschriebenen Unterrichtsplan, dieser halb bürokratische, halb militärische Drill des preussischen Kulturbetriebs, die jede individuelle Regung erstickt, jede Persönlichkeit klinken möchte. Die Herabwürdigung, die dem Lehrer durch allerlei Nebenfunktionen zugemutet wird, ist nur nebenbei erwähnt. Alle diese Mißstände bekämpfen doch letzten Endes nur die Sozialdemokratie offen und ehrlich.

Warum also will man ihre Vertreter nicht hören? Führt man sich etwa so erhaben im gelährten Kostümbüchel, daß man auf ihre Ausführungen glaubt verzichten zu können? Oder ist man von den alten Märchen der Vaterlandslosigkeit und Volksberückung besessen? Das zeugte gerade nicht von tieferer Einsicht und Ueberlegung.

Das sind aber wohl nicht die wahren Gründe. Sicher will man nur deshalb keinen Sozialdemokraten in den Lehrerver-sammlungen hören, weil man fürchtet, dadurch oben anzukommen. Auch ein Beweis für die Freiheit der Wissenschaft in Preußen. Die armen Lehrer aber, die sich trotz ihrer geistigen Höhe einem solchen Druck von oben stäublich-willig unterwerfen müssen, sind wirklich bedauerenswerte Wesen. Wie unglücklich müssen sie gerade die edleren Charaktere unter ihnen einem solchen Druck und Zwang gegenüber fühlen!

Wäre es nicht besser, wenn die Lehrer dieses unwürdige Joch von sich abwerfen und als Männer auftreten würden? Wahre Erzieher des Volkes können doch nur solche Persönlichkeiten mit ungebeugtem Nacken sein. Werden sie sich in Schlesi-en finden?

Die Breslauer Zeitungsmonteur der Firma Rudolf Otto Meyer in Pamburg haben heute die Arbeit an der Jahreshunderhalle eingestellt, da ein neuer Tarif nicht zustande kam, nachdem der alte abgelaufen war. Zugang ist ferngeblieben.

Kunst und Wissenschaft.

Der Architekt des Städtebaues: Otto March.

In seiner Wohnung in Charlottenburg ist am Mittwoch der Geheimrat Dr. Ing. Otto March, im Alter von 38 Jahren gestorben. Der einzige Monat erlitt March einen Schlaganfall, von dem er sich scheinbar wieder erholt hatte.

In seinem reichen Arbeitsgebiet gehörte an erster Stelle der Städtebau. Er hat viel dazu beigetragen, daß die Probleme dieser sozialökonomischen Disziplin von den Baukünstlern nach langem Zögern wieder ernst genommen wurden; er hat dabei mit Geduld die Widersprüche der Baukunst und des Sozialplans sortiert. Der Architekt, der er gemeinhin mit seinen wie Guck und Knecht nach der Weltanschauung von Groß-Berlin genannt wird, verstand manche Korrekturen und Forderungen zu machen die Anmerkungen, die den Fragen des Städtebaues gegenüber sind. Von den Plannungen für das Reichshaus Feld war die Straße die einzige, die nicht nur das äußerliche Aussehen, vielmehr die auch in ihrer großen Form gab. Wenn man einen Blick hat auf das reichlich gezeichnete Forum und die geläufige Regelmäßigkeit der Gebäude, so kann man ein Verständnis für das Tempo und die Temperament der Weltstadt. Eine andere Forderung des Städtebaues, die Einheit der Gebäude und die geschlossene Blockbauweise, hat March auch das Reichshaus durch in der Baukunst zu ihnen verbracht. Welche solchen Vorbild erlitt, so wurde bald die überlegte Ursache der Städtebaukunst. Die Forderung, daß jeder Interessierte der Städtebau sein Recht hat, ist wieder interessanter Arbeitsgebiet. Die Forderung, daß jeder Interessierte der Städtebau sein Recht hat, ist wieder interessanter Arbeitsgebiet. Die Forderung, daß jeder Interessierte der Städtebau sein Recht hat, ist wieder interessanter Arbeitsgebiet.

man davon bisher aus der Vertiefung des tiefen Obals auf-tauchen sieht, Lebtig, daß March zwar ein Vertreter der Tradition, aber durchaus ein moderner Mensch war.

Festspiel der Jahreshunderfeier. In der Zeit vom 31. Mai bis zum 30. Juni gelang, wie bekannt, in der Festhalle das von Herr Hauptmann verleiht Festspiel der Jahreshunderfeier zur Erinnerung an die Erhebung des deutschen Volkes im Jahre 1813 zur Ausführung.

Professor Max Reinhardt-Berlin hat die Inszenierung des Werkes übernommen und die Proben beginnen unter seiner Leitung am 14. Mai.

Für die einzelnen Bilder dieses Festspiels wird nun ein Massenaufgebot von ungefähr 2000 Menschen (Damen und Herren) benötigt. Die Festspielleitung richtet daher an die hiesigen Vereine, die bereit wären, sich korporativ als Kompanien an den Auf-führungen zu beteiligen, das höchste Ansehen, diesbezügliche Anmerkungen schriftlich an den Intendanten des Stadttheaters, Herrn Waldemar Runge, Stadthaus, Bureau Nr. 58, gelangen zu lassen.

Varietes.

Dieb'sches Establishment. Zu viel hat die Direktion nicht versprochen, wenn sie in den Ankündigungen behauptete, daß das diesmalige Programm ein erstklassiges sein würde. Wer die alljährlichen Sorgen durch den Besuch des Varietes verschmerzen will und kann, der schene die Ausgabe nicht, er wird befriedigt werden. Ein regulärer Stellenverleiher ist Paul Webers, genannt „Das Original“. Den Weinman führt er mit Recht, denn seine Vorzüge als Flegelknecht, seine Jagdgeschichten, sein Scherzgeschick sind vor Lachen die Tränenrösten recht leicht in Bewegung. Eine Meisterin im Rollenpiel ist Frau Kery, die die Frau-Franziska von Memmuth mit einem Amerikaner von Hochs mit einer geraden verblüffenden

Technik und seinem Empfinden zu Gehör bringt. Ein sprechender und richtig nach Melodie singender Papagei wird von Ernst Berkina vorgeführt. Wie alle Papageien, heißt das Hundertier auch „Lora“. Lora ragt aber über seine Stammesgenossen in geistiger und musikalischer Beziehung weit hinaus. Er plappert und singt nicht alles gedankenlos nach, was sein Herr von ihm verlangt, sondern er kommt auch den Wünschen des Publikums entgegen. „Ach ich hab' sie ja nur, auf die Schultern gelüßt“, oder „Unser Kaiser liebt die Blumen“ und anderes wird von „Lora“ fast „tonschön“ vorgelesen. Auch in der Unterhaltung ist „Lora“ vornehm, indem sie alle Fragen beantwortet. Michi Waid als Soubrette und Bachus Jakob als Humorist bestreiten den humoristisch-geländlichen Teil. Der „Lehrer mit weit mehr Erfolg als seine Kollegen vom stärkeren Geschlecht. Die beiden Akras sind nette Jongleure mit Milliardenstücken; das schwedische Gesangsduo Geschwister Söderström hat gute Stimmen. Ihre deutschen Lieder „Früh-morgens, wenn die Pflanze träumt“ und „Du wunderhübsche Frühlingzeit“ waren von packender Wirkung. Pipifax und Paulo mit ihrem Pumpschiff-Bummel-Akt sind zwei Künstler, bei denen der letztere ein vorzüglicher Springer, der erstere ein unvergleichlich komischer Mimiker ist. Neues auf diesem Gebiete bringen sie nicht. Gute Akrobaten zu Pferde sind die Reitanstatterinnen Geschwister Carre. The Colini Clairons, vier Damen und vier Herren, sind außergewöhnlich geschickte Tanz-Akrobaten. Die komischen Kabarettier Mlle. Bessie und Norow Dros ragen über das, was in diesem Genre schon bei Dieb's geboten wurde, nicht hinaus. Die optisch Verklärerstattung bringt eine Aufnahme von einem Pferderennen und eine Szene „Wie man sich duelliert.“ Die letztere soll humorvoll sein, ist aber alles andere. In der artistischen Leitung, sowie an der musikalischen Begleitung gab es nichts auszuweisen. Mit Ende dieses Monats hört die Spezialitäten-Saison auf. Am 1. Mai tritt Henry Bender ein auf den ganzen Sommer berechnetes Gastspiel mit seiner Jahreshunderfeiertrummel-Komödie an.







Lieber 700 eigene  
Filialen und Allein-  
Verkaufsstellen

# MERCEDES

Lieber 700 eigene  
Filialen und Allein-  
Verkaufsstellen

**12<sup>50</sup>**  
Extra-Qualität  
16.50



Der Mercedesstiefel ist in der  
ganzen Welt bekannt  
und wird vom Publikum  
verlangt. Tausende  
tragen unsere  
berühmte Marke.



**12<sup>50</sup>**  
Extra-Qualität  
16.50

Dauerhafte Strassen-Stiefel □ Schicke Halbschuhe □ Elegante Lackstiefel

Schweidnitzerstr. 63a  
Ecke Hummerel

**Mercedes Schuhgesellschaft m. b. H.**

Schweidnitzerstr. 63a  
Ecke Hummerel

## Bereine und Versammlungen.

### Eine Protest-Versammlung

gegen die endlosen Kriegsrüstungen Deutschlands

findet am

Sonntag, den 6. April, vormittags 11 Uhr  
im Gewerkschaftshause statt.

148

Nebener: Reichstagsabgeordneter **Eduard Bernstein.**  
Arbeiter Breslaus! Auf zum Protest! Auf zur Versammlung!  
Der Einberufer.

### Achtung! Brauereiarbeiter!

Unter dem Tarifvertrag, den die organisierten Arbeiter mit den hiesigen Brauereien abgeschlossen haben, finden Sie die Unterschriften der

178

gelben Brauer, sowie die der Kath. Facharbeiter.

Dieses Gebilde von „Auch-Gewerkschafter“ hat weder indirekt noch direkt für das

Zustandekommen des Tarifes mitgewirkt.

Kniefällig haben sie die Unternehmer gebeten, doch wenigstens unterschreiben zu können,

mit beraten haben sie nicht. — Man nennt das sonst geistigen Diebstahl.

Bittre ausschneiden, in den Tarif einleiben.

Die Ortsverwaltung des Brauerei- und Mühlenarbeiterverbandes.

### Konsum- u. Sparverein „Vorwärts“ für Breslau u. Umgeg.

Dienstag, den 8. April, abends 8 Uhr, im Ge-  
werkschaftshause, Margaretenstrasse (Saal 7):

### Funktionär-Versammlung

Auf der Tagesordnung steht u. a.:

176

### Feuerversicherung, Rotfonds u. Mitgliederausbau.

In den nächsten Tagen finden folgende Versammlungen statt:

Sonntag, den 6. April, nachm. 1/2 3 Uhr, im Lokale des

Herrn Dürrmanger, Al.-Gandau.

Mittwoch, den 9. April, abends 8 Uhr, im Lokale des

Herrn Heilner in Gerdlich.

Sonntag, den 13. April, nachm. 3 Uhr, im Konzert-  
haus (Inhaber Kössner) in Trebnitz.

Dienstag, den 17. April, abends 8 Uhr, im Füh-  
mannschen Lokale in Deutsch-Biffa.

### Feuerversicherung für Mitglieder

vermittelt das Sekretariat des Konsum- und Sparvereins „Vor-  
wärts“ in der Kasse der Verkaufsstellen.

### Verpflückt

An 1. d. Mts. verschied nach kurzer Krankheit unser lang-  
jähriger Mitglied, der Schwager

### Paul Holzappel

im Alter von 85 Jahren.

197

Die oberrunden Anreden werden ihm bewahren

Die Mitglieder des Vereins der Schmeide, Schneiderinnen und Wäscherinnen

Bestattung: Großer Donnerstag, nachm. 4 Uhr, von der

Kirche der Deutschen Erlösarmee.

An 20. März verschied die Frau unseres Kollegen Max

### Anna Kattge geb. Rädler

im hiesigen Alter von 77 Jahren 4 Monaten.

Die oberrunden Anreden werden ihr bewahren

Die Kollegen der Loh- u. Holzmann-Werke

Bestattung: Donnerstag, nachm. 4 Uhr, von der

Kirche der Deutschen Erlösarmee.

### Die schwarzen Strumpf-Stricker

haben sich in der

Bestattung: Donnerstag, nachm. 4 Uhr, von der

Kirche der Deutschen Erlösarmee.

### Steinarbeiter.

Sonntag, von 10-12 Uhr: 1178  
Kassentag  
im „Voten Böwen“, Kupferschmiedestr. 21.

Zurückgekehrt  
Sanitätsrat Dr. Berliner  
Eugen- u. Dörenast  
Kaiser-Wilhelmstrasse 29. 12876

Pfänderauktion  
Blumleiche Schulgassestr. 17. 12782

### Trauerhüte

in größter Anzahl und  
billigsten Preisen 12411

### Hulda Siedner

Schmiedebrücke 15/16

Ede Kupferschmiedestr.

Gebrauchte Möbel  
Kauf, wenn auch  
schlecht.  
Reichmann, Brandenburgstr. 39. 11084

### Adolf Kreutzberger

Reuschestr. 7. Breslau Haus Grüneiche.

Schlesiens größtes Spezialhaus der  
Herren- u. Knaben-Bekleidungsbranche

Durch eigene Fabrikation

Besondere Leistungsfähigkeit!

In jeder Preislage hervorragende Schlager!  
„ Für jede Figur fertig am Lager! „

### Herren-Anzüge

19.50, 21, 25, 27, 29,  
31, 34, 37, 40, 48

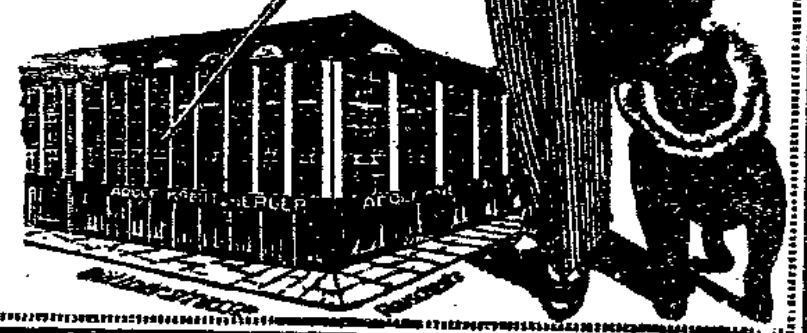
### Herren-Paletots

18, 22, 25, 27, 30,  
34, 37, 40, 45, 48

### Herren-Ülster

21, 23, 25, 27, 29,  
34, 37, 40, 44, 48

Billigst gestellte  
streng feste Preise.



### Französischer Unterricht

Grammatik, Konversation, Korrespondenz.

Ein neuer

### Anfängerkursus

für Herren und Damen beginnt

Mittwoch, den 9. April, abends Punkt 8 Uhr  
im Gewerkschaftshause, Saal II, 1. Etage.

Anmeldungen werden vor Beginn an Ort und Stelle  
entgegengenommen. 158

### Breslauer Fahrradhaus

Georg Hahn, Friedr.-Wilhelmstr. 70.

Corona, Panther und Robur  
sind erprobte Qualitätsmarken, und führe ich diese in allen  
Preislagen. Grosses Lager in Münster, Schönebeck u. Ersatzteilen.

### Grosse Reparaturwerkstatt.

— mit Spezialmaschinen. — Billigste Preise. — Echte Reparatur. 144

### Gutsitzende Kostüme: Der Anarchist

Bestellt an Nachh. H. v. 19. M. 1911.

(Preisliste separat v. 20 M. an) Za beziehen durch die Expedition  
Wagner, Kommande, Vitzmannstr. 10a.

Novellen von Gettschalk  
20 Pfg. früher 1 Mk.  
Za beziehen durch die Expedition  
und die Kolporteurs.

### Arbeitsmarkt.

## Weber

Ängere, militärisch, zum Einlegen der Ketten an einfachen  
4 schäftigen Webstühlen nach München gesucht.

Offerte mit Angabe des Alters und der bisherigen Tätigkeit  
bis unter N. R. 7028 Rudolf Mosse, München. 176

### Strohnetzzieher

2. I. werden 177

Za beziehen durch die Expedition

### Rohtabak-Handlung G. Wutke, Breslau

11062/3

### Kleiner Anzeiger

Unter dieser Rubrik kosten je drei Worte  
10 Pfennige. Abonnenten haben gegen Guthaben  
5 Worte frei. Das erste Wort fett. Schriftart bestimmt der  
Verlag. Geforderte Abweichungen bedingen Zeilenpreis.

### Kauf und Verkauf

Ein gebrauchter Schrank zu kaufen  
gekauft Heppel, Königgrübenstr. 20. 164

Getragene Wollgarderoben, für jede  
Figur, billig, gut erhalten. Kaufpreis für  
Damengarderoben. Erste Schweidnitzer-  
str. 6. 65

Einzelverkauf von Gelden und Blei-  
keramik - u. Gegenständen bei Grob-  
schäferstr. 9, II. Besuch gegen  
Nachnahme. 78

Stuhlwagen billig zu verkaufen  
Königsgrübenstr. Nr. 9, bei Heppel. 172

Stuhlwagen verkauft für 8 Mark  
Königsgrübenstr. 41. 171

Stuhlwagen gut erhalten zu ver-  
kaufen Köpcke, 6, I. Etage, 170

Regenmäntel abzugeben Lange-  
gasse 44, I. Etage. 168

Gewandstücke für mittlere Figur  
für 10 M. zu verkaufen Königgrübenstr. 11,  
Köppe, 2. Etage, 167

### Vermietung

Wohnung 14 u. 15 M. bei Stufe,  
Kofel bei Breslau, zu vermieten. 119

Wohnst. Segis zu vergeben Wehler, 82,  
2. Etage, rechts. 165

### Arbeitsmarkt

Unter Redaktionsb. Ein Garten-  
Schneidwerkzeug mit Glas ist billig zu  
verkaufen. Off. unter N. 100 an die  
Exp. d. Zig. 169

### Verschiedenes

Ölke werden billig umverteilt, alle  
Gartenwerkzeuge neu bearbeitet, geben werden  
gewaschen und getränkt Schweidnitzer, 15,  
2. Etage, rechts. 163

Zu neuen Blöcke bei Haus zum  
Verkauf, Preis 10 M., Königgrübenstr. Nr. 3,  
Köppe. 162



Deutscher Reichstag.

131. Sitzung. Donnerstag, den 3. April, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsliche: Kommissionen. Einige Rechnungssachen werden debattelos erledigt.

Bei der Rechnung für die Schutzgebiete

für das Jahr 1906 rügt Abg. Wölke (Soz.), daß die Rechnungen dem Reichstage so spät zugehen, und erhebt Protest gegen das Lob, das bei der Beratung des Kolonialrats vom Abg. Brabant, dem früheren Gouverneur von Kamerun, ausgesprochen worden sei, dieser Gouverneur hat unter schwacher Aufsichtung des Reichstages des Reichstages eine ganz tolle Wirtschaft getrieben und es liegt gar kein Anlaß vor, ihm für seine doch recht zweifelhaften Verdienste auf anderem Gebiet Ruhmestrange zu flechten. (Bravo! h. d. Soz.)

Abg. Dr. Brabant (Vpt.): Mein Lob für Herrn von Büttlamer bezog sich nicht auf die Staatsüberschreitungen. Es ist eine maßlose Ungerechtigkeits, deshalb das Große und Gute, das er für Kamerun geleistet hat, nicht anzuerkennen.

Für die Rechnung wird mit dem von der Rechnungs-Kommission vortragenden Vorbehalten Entlastung erteilt.

Wahlprüfungen.

Die Wahlen der Abg. Sültmann (Soz.) und Warlo (Zentr.) werden debattelos für gültig erklärt.

Die Wahl des Abg. v. Derjen (Npt.) beantragt die Kommission für ungültig zu erklären.

Abg. Dr. Arendt (Zentr.): Ich beantrage, die Wahlprüfung der Kommission zurückzuverweisen. 412 Stimmen der Petitionisten wurden ihrem Antrage entgegen vom Magistrat in Berlin nicht in die Wählerlisten aufgenommen und nach der Landrat hat die Beschwerde zurückgewiesen. Die Wahlprüfungskommission dagegen hat diese Zurückweisung für ungültig erklärt und die 412 Stimmen dem Gegner des Herrn v. Derjen zugesprochen. Sie hat aber nicht geprüft, ob diese 412 Personen überhaupt Wähler waren. Es können ja Ausländer darunter gewesen sein, oder solche, die Armenunterstützung bezogen haben. (Zurück bei den Soz.: Ungehört!) Es würde eine Rechtsbeugung sein, die Wahl ohne genügende Prüfung zu kassieren. (Präsident Kämpf ruf den Redner wegen des Vorwurfs der Rechtsbeugung zu Ordnung.) Ich habe diesen Vorwurf gar nicht erhoben, und ich weise auch garnicht darauf, daß das Recht nicht gebeugt wird und mein Antrag auf Zurückverweisung an die Kommission angenommen wird.

Abg. Schmidt-Weissen (Soz.): Die Kommission hat ihren Beschluß erst in der Mitte gefaßt. Nach die Frage, ob der Aufenthalt in der Heimstätte einen Wohnsitz im Sinne des Wahlgesetzes begründet, ist mit großer Mehrheit bejaht worden, und zwar entsprechend der ständigen Praxis des Reichstages. Die 412 Wähler haben für ihr Wahlrecht recht zäh gekämpft, sind aber von den Behörden, die sich über die entgegenstehenden Beschlüsse des Reichstages einfach hinwegsetzen, (Hört, hört! h. d. Soz.) abgewiesen worden. Das Verlangen des Abgeordneten Arendt bedeutet lediglich eine Verschleppung, ich bitte daher, dem Beschluß der Kommission beizutreten.

Abg. Schwabe-Gropstadt (Zentr.): Eine Prüfung, ob die 412 wirklich wahlberechtigt waren, scheint mir doch nötig. Deshalb bitte ich den Antrag Arendt anzunehmen.

Abg. Dr. Neumann-Dofer (Vpt.): Die Nachprüfung, ob die 412 tatsächlich wahlberechtigt waren, kann vom Reichstag nicht herabgelassen werden. In Zweifelsfällen hat die Kommission auch immer bei für den Gewählten ungünstigsten Fall angenommen.

Abg. v. Brochhausen (kons.): Wenn eine Partei dem Wunsch nach weiterer Klarstellung hat, so hat der Reichstag diesem Wunsch stets Folge gegeben. Deshalb werden meine Freunde für den Antrag Arendt stimmen.

Abg. Stadthagen (Soz.): Auf das Vertrauen des Herrn Arendt weist jedes Mitglied der Wahlprüfungskommission, sein Vertrauen zu haben wäre geradezu beschämend. (Unruhe rechts.) Herr Arendt stellt die Tatsachen auf den Kopf und ruft entrüstet dann aus: Wo bleibt die Gerechtigkeit? Es ist verblüffend, mit wie jeder Eitern er seinen absoluten Unsinns vorbringt. (Präsident Kämpf: Dieser Ausdruck ist unparlamentarisch!) Die Zurückweisung der 412 Antragsteller ist lediglich aus dem Grunde erfolgt, daß ihr Wohnsitz nicht in Berlin sei, ein anderer Grund lag nicht vor. Wir dürfen doch nicht annehmen, daß sie Wahlfähigkeit verlieren wollten. Herr Arendt allerdings meint, die Leute seien verdächtig, Armenunterstützung bezogen zu haben, und imputiert ihnen somit die Absicht der Wahlfälschung. Diese unerhörte Beschimpfung von Leuten nur deswegen, weil sie Arbeiter sind, müssen wir entschieden zurückweisen. (Lebh. Zustimmung h. d. Soz.) Wenn Herr v. Derjen nicht von Herrn Arendt beeinflusst wäre, so hätte er das Mandat längst niedergelegt. Aus Reinlichkeitsgründen müssen wir den Antrag Arendt ablehnen. (Bravo! h. d. Soz.)

Abg. Dr. Arendt (Npt.): Die Wahlfähigkeit der 412 Antragsteller ist nicht geprüft worden, es ist nicht einmal geprüft

worden, ob sie sämtlich Minderjährige waren. Diese Prüfung muß nachgeholt werden. — Würde es sich um eine Wahlbeeinflussung handeln, so hätte Herr v. Derjen sein Mandat sicherlich niedergelegt.

Abg. Fischer (Soz.): Ausgerechnet Herr Arendt beruft sich auf sein verletztes Rechtsgefühl. Dabei hat es wenig Wahlprüfungen gegeben, bei denen nicht die fünfzehn Dinge durch Herrn Arendt in irgend einer Weise zu erklären gesucht worden sind. (Sehr wahr! bei den Soz.) Dagegen ist er niemals aufgestanden, um gegen die skandalösen Verstöße zu protestieren, wenn es sich um rechtsstehende Kandidaten gehandelt hat. Dagegen erinnere ich mich, wie vor ein paar Jahren Herr Arendt hier erklärt hat: „Ach was, Beschwerden und Proteste, wir werden uns doch nicht um Proteste kümmern, jetzt kurz vor den Wahlen werden wir doch keine Wahl mehr kassieren.“ Wo bleib da der Rechtsstandpunkt des Herrn Arendt? (Sehr gut! bei den Soz.) Damals handelte es sich um eine Gesetzesänderung zur gegenwärtigen Regelung bournaischer Mandate. Herr Arendt sprach von den Minderjährigen in Berlin. Das sind keine Minderjährigen, sondern Patienten, die auf Grund ihrer für die soziale Versicherung, von der Sie sonst so viel Wesen machen, geleisteten Beiträge dort aufgenommen sind. Innerhalb Ägypten versteht man in Berlin noch mehr etwas anderes; daß sind die Leute, von denen ein Parteigenosse des Herrn Arendt einmal sagte, es ginge ihnen noch nicht so schlecht, wenn sie nicht so viel Weichhalskohol genießen würden. Ich bezweifle, daß Herr Arendt, wenn etwa Fürst Eulenburg im Sanatorium wäre, von dem Minderjährigen Eulenburg sprechen würde. (Sehr gut! bei den Soz.) Herr Arendt meint, wir dürfen hier nicht gegen die Zurückverweisung der Vorlage stimmen, weil wir auch die Wahlen der Abgeordneten Haupt und Köhler zurückzuweisen hätten. Das er denn damals für die Zurückverweisung gestimmt? Sowie ich weiß, nicht, aber keine sollen wir in diesem Falle dafür stimmen, wo gar kein materieller Grund dafür vorliegt.

Abg. Waldstein (Vpt.): Herr Arendt hat Unrecht mit seiner Behauptung, daß vor Aufnahme jedes Wählers in die Liste keine Wahlberechtigung geprüft werde. Die Gemeindebehörde hat vielmehr die Pflicht, die Wählerlisten aufzustellen.

Damit schließt die Debatte. Die Abstimmung über den Antrag Arendt auf Zurückweisung an die Kommission, für den die Rechte, das Zentrum mit ganz wenigen Ausnahmen und ein größerer Teil der Nationalliberalen stimmen, bleibt zweifelhaft. Es findet daher Sammelgespräch statt, der die Ablehnung des Antrags mit 155 gegen 161 Stimmen ergibt. Auch bei der nun folgenden Abstimmung über den Kommissionsantrag auf Ungültigkeitserklärung der Wahl muß durch Sammelgespräch entschieden werden. Er ergibt die Ungültigkeitserklärung mit 160 gegen 140 Stimmen.

Die Wahl des Abg. Arendt (Npt.) wird hierauf ohne Debatte gemäß dem Kommissionsantrag für gültig erklärt.

Es folgen Petitionen.

Einige Verbände von Händlern verlangen Maßnahmen gegen den geheimen Warenhandel und ähnliches.

Die Kommission beantragt Ueberweisung zur Berücksichtigung, soweit die Petitionen Abhilfe gegen den geheimen Warenhandel bezwecken, und Uebergang zur Tagesordnung, soweit die Einschränkung des Vertriebs von Tabakfabrikaten durch Gast- und Schankwirtschaft gefordert wird.

Abg. Brey (Soz.) bespricht einen Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung über beide Sorten von Petitionen. Die Petenten verlangen einen folgenreicheren Eingriff in unser gewerbliches Recht. Geht es nicht um einen großen Teil der Petenten, der Kleinhändler, in einer sehr bedrängten Lage, die vor allem hervorgerufen ist durch unsere Steuer- und Wirtschaftspolitik, aber das Mittel, das hier vorgeschlagen ist, ist nicht geeignet, jenen Schichten des Mittelstandes zu helfen. Sie wollen jede Form der Warenvermittlung anmeldepflichtig machen. Es soll ein Markenkontroll- und Bevormundungsapparat geschaffen werden, wie er bislang im Wirtschaftsleben nicht bekannt war. Es wäre unerhört, wenn man Leuten, die gar keinen Händlergewinn beabsichtigen, sondern nur in dieser Zeit der Ueberwindung zum gemeinsamen Bezug von Waren greifen, gewerbsteuerpflichtig machen wollte. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Petenten fragen garnicht danach, was aus den kleinen Tabakfabrikanten und Arbeitern wird. Sie wollen einfach ihren eigenen Unfug auf Kosten der Restaurateure erhöhen. Mit demselben Recht könnten auch die Händler von Wurstwaren verlangen, daß der Verkauf von Aufschnitt in Gastwirtschaften verboten wird. Wir warnen vor dem Betreten einer solchen Bahn und empfehlen deshalb den Uebergang zur Tagesordnung. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Sir (Zentr.): Der Schleichhandel ist ein Krebsknoten für den gesamten kaufmännischen Mittelstand. In der Erfüllung der Forderung der Petition erblicken wir eine geringe Hilfe, eine Abschlagszahlung für den gewerblichen Mittelstand. Eine Altinaer Firma, die vor einigen Jahren viel von sich reden machte, ver-

stande an die Landbürgermeister Tafel mit Proben von Suppenwürfeln, um für den Vertrieb Bekanntheit zu machen. Nächsten doch alle Kaufleute diese Firma mit ihrem Prima-Prima-Schmalz kontrollieren. Die Gewerbetreibenden unter den Sozialdemokraten sollten mit uns für die Ueberweisung der Petition zur Berücksichtigung eintreten. (Bravo! im Zentr.)

Abg. Siehr (Vpt.): Soweit die Petition ein Verbot des Verkaufs von Zigarren und Zigaretten in den Gastwirtschaften wünscht, werden wir für den Uebergang zur Tagesordnung stimmen. Den anderen Teil dagegen, der sich gegen den geheimen Warenhandel richtet, der tatsächlich eine unfaire Konkurrenz gegen den gewerblichen Mittelstand darstellt, wünschen wir dem Reichstag zur Berücksichtigung zu überweisen.

Abg. Schulenburg (nall.) schließt sich dem Vortredner an. Die Debatte schließt.

Unter Ablehnung des Antrages Uebertritt wird der Antrag der Kommission angenommen.

Das Haus verläßt sich.

Nächste Sitzung Sonnabend 2 Uhr (Ort des Reichstages und des Reichshofamts mit den Veteranenbeihilfen). Schluß 6 1/2 Uhr.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

130. Sitzung. Donnerstag, den 3. April 1913, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: v. Trott zu Solz.

Der Kultusetat.

Abg. Cassel (Vp.) wendet sich in langer, pathetischer Rede gegen den Abg. Hoffmann; das Verlangen nach staatlicher Unterstützung leistungschwacher Synagogengemeinden ist keine Bitte, sondern das Verlangen nach ausgleichender Gerechtigkeit. Für die Gleichberechtigung der Juden habe ich immer energisch gekämpft, aber mit dem Vaterland kann man nicht schmollen. Ich bleibe ein preussisch-deutscher Patriot, der Freiheit und Recht im Vaterland erstrebt und seinem Glauben treu anhängt. (Beifall.)

Abg. Hoffmann (Soz.): Ausgleichende Gerechtigkeit? Nein, ausgleichende Ungerechtigkeit, denn ungerecht ist es, Steuerzahler, die alle aufbringen, für einzelne Religionsgemeinschaften zu verwenden. Die Juden sollten zu stolz sein, um nach all der Unterdrückung und Nichtbeachtung von Verbrechen noch Almosen von diesem Staat anzunehmen. 1813 hat man das Volk um die ihm versprochene Befreiung betrogen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Lärm bei der Mehrheit, Ordnungsruf des Präsidenten wegen Verlegung der nationalen Empfindungen des Hauses.) 1863 haben die Fortschrittler noch gegen die 50 Jahreleier protestiert und jetzt redet Cassel mit solch einem Uebermaß an, wie nicht einmal in einem Kriegesverdienst geredet wird. Dafür wird er freilich von der „Kreuzzeitung“ gelobt, die noch vor wenigen Wochen die Juden in unglaublich heftiger antisemitischer Weise angegriffen hat. Wir aber haben, als das Sozialistengesetz auf uns lastete, den Stöckerischen Antisemitismus zur Strecke gebracht, freilich verachten wir ebenso servile, heuchlerische und rücksichtslose Juden, wie das Strebertum, das die christliche Religion zum Deckmantel nimmt. (Lebh. Bravo! bei den Soz.)

Abg. Winkler (kons.) lobt die Glaubensstreue des Abgeordneten Cassel, lehnt aber doch die Unterstützung der Synagogengemeinden ab.

Abg. Ströbel (Soz.): Nach diesem vernichtenden Lob, sprächen glaube ich, über Herrn Cassel nichts weiter sagen zu sollen. (Sehr gut! bei den Soz.) Damit schließt diese Erörterung.

Der Fall Traub.

Abg. Dr. v. Campe (nall.) kritisiert in äußerst zurückhaltender Form das Verdictverfahren gegen Traub. Staat und Religionsgemeinschaften haben gemeinsam an der Vervollkommenung aller Bürger zu arbeiten, trifft doch religiöse und sittliche Erhebung stets mit nationalem Aufschwung zusammen. Was an den Grundlagen unseres kirchlichen Lebens rüttelt, rüttelt auch an denen des Staates, darum muß die kirchliche Rechtspflege kritisiert werden, insbesondere, daß der von Traub verlegte Konfessionsrat zum Untersuchungskommissar ernannt wurde und daß der Oberkirchenrat, ohne Traub zu vernehmen, im Gegensatz zu dem auf persönlicher Vernehmung beruhenden Breslauer Urteil Traub die gute Absicht abspricht. Auch läßt das Urteil des Oberkirchenrats die unerlässliche Objektivität vermissen.

Minister v. Trott zu Solz: Zu einer Änderung des Verfahrens ist kein Grund, die bestehenden Bestimmungen würden ausgereicht haben, um dem Verlangen des Beschuldigten nach seiner Vernehmung zu entsprechen. (Hört, hört links.)

Abg. Dr. Runge (Vp.) nennt das Verfahren gegen Traub ein mittelalterliches Geheimverfahren und beruft sich auf seine Brandmarkung durch Barnack-Berlin und Baumgarten-Kiel. Ein freies Kirchenwahlrecht ist erforderlich, damit die Kirchenbehörden nicht mehr einseitig zusammengesetzt sind. Die 150 preussischen Pastoren, die dem Oberkirchenrat ihre

Aus aller Welt.

Der Streik der Ballettisten. Ein Streik der Ballettisten des Straßburger Stadttheaters ist von diesen dem Straßburger Gemeinderat angekündigt worden. Der Gemeinderat hatte zugunsten einer Unfallversicherung die Wagen anders verleast und dabei die der Ballettisten auf monatlich 86 Mark herabgesetzt. Die Mitglieder des Chorchorales wollen sich das jedoch nicht gefallen lassen und erklärten der Intendant, daß sie mit einer Monatsgage von unter 100 Mk. nicht existieren könnten. Falls die Gage nicht auf diese Summe erhöht werden sollte, würden sie die Verträge lösen und ihre Tansaktivität einstellen, bis ihrer Bitte nachgekommen sei.

Es ist schon ein Skandal, daß private Theater-Unternehmer ihre weiblichen Angestellten so schäbig bezahlen, daß sie zur Prostitution geradezu gezwungen werden. Eine Stadtverwaltung aber, die Anspruch auf etwas soziales Verständnis macht, sollte sich eine derartige schofte Praxis nicht zu eigen machen.

Soldatenelbstmord mit dem Maschinengewehr. Auf eine sonderbare Art hat am Donnerstag in Graz (Steiermark) der Gefreite Kupenil von der Maschinengewehrabteilung des Landwehr-Infanterie-Regiments Nr. 3 seinem Leben ein Ende bereitet. Als das Regiment früh ausrückte, stellte sich der Gefreite im Magazin der Maschinengewehr-Abteilung vor ein Maschinengewehr, steckte in das Maschinengewehr seinen ganzen Gürtel voll Patronen hinein, besetzte an der Schußvorrichtung eine Zündschnur und gab auf diese Weise mehrere Schüsse auf sich ab. Einige Kugeln durchbohrten das Herz. Kapenil wurde furchtbar zugerichtet und war auf der Stelle tot. Ueber die Ursache zu der grausigen Tat wird nichts berichtet.

Von einem Gefäßstöße gerammt. Unglück auf dem französischen Kreuzer „Courbet“. Ein schwerer Unfall hat sich in Portent (Frankreich) an Bord des Panzerkreuzers „Courbet“ ereignet, der zurzeit im dortigen Hafen liegt. Ein furchtbares Gefäß erschütterte gegen 4 Uhr nachmittags das Schiff. Drei gewaltige Kanonen im vorderen Turm des Schiffes hatten aus bisher noch nicht aufklärter Ursache ihre Achsen verlassen

und fielen in den Turm. Unglücklicherweise waren gerade mehrere Arbeiter im Turm beschäftigt. Ein Arbeiter wurde von der schweren Kanone begranatet und vollständig zermalmt, er war sofort tot. Ein anderer Arbeiter wurde von der Kanone mitgerissen, die ihm beide Beine zerquetschte. Drei Stunden lag er unter der Kanone, bis er endlich aus seiner schrecklichen Lage befreit werden konnte. Die Rettungsarbeiten waren außerordentlich schwierig, und erst nach dreistündiger angestrengter Arbeit gelang es, die Kanonen in ihre horizontale Lage zurückzubringen.

20 000 Mark erschwindelt. Beim Postfachamt in Leipzig sind am 23. März, vormittags von 9-10 Uhr, vom Konto einer Leipziger Firma 20 000 Mark auf Grund zweier gefälschter Schecks abgehoben worden. Die Auszahlung ist in Tausendmark Scheinen erfolgt. Die Nachforschungen nach dem Schwindler, der sich zur Uebung des Geldes vermutlich einer Mittelperson bedient hat, waren bisher erfolglos. Die Person, welche die Schecks zur Einlösung gebracht hat, wird wie folgt beschrieben: Alter 30-35 Jahre, Größe 160 bis 165 Zentimeter, Gesicht fleisch, Bart Spitzbart, blond bis rötlich, mit Gold eingefasster Klemmer, modischerer Ueberzieher, weicher Hut, schwarze Aufsteifen.

Auf die Ermittlung des Täters und die Wiedererlangung des erschwindelten Geldes hat die kaiserliche Oberpostdirektion in Leipzig eine Belohnung von 800 Mark ausgesetzt.

Ein Kirchenbenedict als Mädchenhändler. Aus Mährisch-Schönberg wird der Wiener Arbeiter-Zeitung berichtet: Die hiesige Polizei verhaftete den katholischen Kirchenbenedict und Meßner Alois Neumann aus Freudenthal, einen fanatisierten christlich-sozialen Agitator, der sich in Freudenthal des Verbrechens der Schändung in zahlreichen Fällen schuldig gemacht hat. Er hat in Freudenthal, wo er an der dortigen Kirche angestellt war, mit zahlreichen elf- und dreizehnjährigen Mädchen Beziehungen angeknüpft und sie seinen verbrecherischen Neigungen dienbar gemacht. Als man seinen Verbrechen auf die Spur kam, entzog er sich der Verhaftung durch die Flucht, doch wurde er nun in Mährisch-Schönberg festgenommen. Neumann war in Freudenthal ein Führer der Christlichsozialen und gehörte allen christlichsozialen Vereinen an.

Unter den Eltern der verführten Kinder herrscht große Erbitterung, auch deshalb, weil, wie die bittende Presse meldet, man von „einfacherer Seite“ versuchte, sie und die Mädchen zum Schweigen zu bringen.

Eine furchtbare Familientragödie. In der Nacht zum Donnerstag ließ sich in Rostock in der Nähe des Gernierplatzes ein unbekannter Mann vom Zuge überfahren. Der Mann wurde der Kopf vom Rumpfe getrennt. Wie sich später herausstellte, handelte es sich um den verschwundenen Kaufmann Bladt aus Gehlsdorf. In einem hinterlassenen Briefe teilte er mit, daß er seine drei Kinder in die Warnow geworfen habe. Die Leichen der beiden ältesten Kinder wurden bereits aus der Warnow gezogen während nach der Leiche des jüngsten Kindes noch gesucht wird.

Sieben Mann über Bord gespült. Der Marinestabsarzt von Toulon teilte dem Marineminister mit, daß auf dem nach Biferia fahrenden Unterseeboot „Turquoise“ sieben Mann durch eine Woge über Bord gespült worden seien, von denen nur zwei gerettet werden konnten. Unter den Ertrunkenen befinden sich ein Leutnant und ein Fähnrich zur See.

Kleine Notizen.

— Einer von der alten Wagnertarde, Hans Richter, begehrt am 4. April seinen 70. Geburtstag. Er hat als Kapellmeister sich allermächtigst — besonders aber in England — um die Aufführung der Wagnerischen Musikdramen verdient gemacht. Mit Wagner selbst verband ihn eine herliche Freundschaft, die er nach dessen Tode der Familie zuewendete. — Maxim Gorki kehrt nicht nach Rußland zurück. Maxim Gorki erklärte in einem Briefe an einen russischen Freund, daß er trotz der Umnestung nicht nach Rußland zurückkehren werde, weil er nicht davon überzeugt ist, daß dort die notwendigen Lebensbedingungen für ihn gegeben seien. — Ein neues Element. Das internationale Komitee für Atomgewichte hat, wie aus dem jetzt erschienenen Jahresbericht hervorgeht, unter den 88 aufgeführten Elementen ein neues hinzugefügt, das Olymptium. Das Atomgewicht beträgt 168,5, wenn Sauerstoff gleich 16,00, Wasserstoff gleich 1,0008 angenommen wird.



Meinung gefaßt haben, sollen angeblich nicht mehr bebedert und beforiert werden. Der Redner erwähnt dann den Fall Kraab und die Ernennung theologischer Professoren über den Kopf der Fakultäten hinweg.

**Abg. Bedenkow (konf.)** richtet heftige Angriffe gegen Darnack und Baumgarten. Er fordert, daß der Wunsch der Synode Stenoburg erfüllt und Baumgarten durch einen anderen Professor ersetzt werde, und wickelt Darnack vor, durch die liberale Presse beeinflusst zu sein. (Beifall rechts.)

**Abg. Bierka (zell.)**: Das Verfahren gegen Traub war sowohl in Ordnung, aber man hätte doch den Angeklagten vernehmen müssen.

**Abg. Fr. Liebkecht (Soz.)**: Es handelt sich hier gar nicht um ein Verhörverfahren, sondern um eine Verwaltungsmaßnahme mit dem Anschein eines Prozesses. Die Behauptung des Herrn von Campe, daß wir in einer Zeit des religiösen Aufschwungs leben, ist eine vollkommene Verleumdung unserer heutigen Verfassung. Das Gegenteil ist wahr. Der Individualismus unseres Volkes nimmt politischen Charakter an und ist immer mehr in der sozialdemokratischen Arbeiterklasse zu finden. (Lachen rechts.) Viele einseitige Politiker haben dies anerkannt. Herr Traub hat aber die Engstirnigkeit und Kleinlichkeit in unserer Kirchenverwaltung als Beweis für den gelingenden Niedergang der Kirche festgesetzt. Immer mehr wird die Kirche zu einer Art Polizeistation mit geistiger Prügelstrafe, immer mehr verschärft sich der Geist der Inquisition und der heimlichen Inquisition. (Ohl rechts.) Sogar hier hat der Bedenkow den Professor Baumgarten und eine Anzahl Religionslehrer denunziert. Sie sollen 1812 gar nicht in der Kirche gewesen sein, denn Sie feiern ja nur das Jubiläum der heiligen Allianz und der Demagogie der Folgen. Wenn freilich die liberalen Geistlichen sich zu ihren Überzeugungen bekennen wollten, statt sich immer wieder zu ducken, so würde die Kirchenbehörde bald eine andere Haltung einnehmen. So aber macht sie die Kirche, die sich innerlich nicht aufricht erhalten kann, zu einer Art Kaserne, wie der Fall Kraab mit dem Juristen in der Kirchenbehörde vor dem Militär am besten beweist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Gleichgültigkeit der Bevölkerung gegen die Kirche kann aber nur noch wachsen durch die Engstirnigkeit und Kleinlichkeit der evangelischen Kirche und dadurch, daß der Staat ihr seine Machtmittel leiht, um ihre Disziplin aufrecht zu erhalten. Darum wird Ihre Kritik an den Füssen Kraab, Traub usw. erst dann von Erfolg sein können, wenn eine grundlegende Umorganisation und eine vollkommenere Umbildung des antireligiösen kirchlichen Geistes stattfinden würde, der gegenwärtig die evangelische Kirche befehligt. (Lebh. Appl. bei den Soz.)

**Die Jesuiten.**

**Abg. Dr. v. Campe (natl.)** bittet um eine Erklärung, daß die preussische Ordensgesetzgebung im vollen Umfang aufrechterhalten bleibt, selbst wenn im Reich das Jesuitengesetz aufgehoben werden sollte.

**Kultusminister v. Trott zu Solz**: Es ist im allgemeinen nicht üblich, daß vom Regierungsrat theologische Erörterungen darüber angestellt werden, was einmal geschehen soll. Wir haben das Jesuitengesetz und wollen abwarten, ob es aufgehoben wird. Erst dann wird eine Veranlassung vorliegen, zu der Frage des Abg. v. Campe Stellung zu nehmen. (Allgemeine Beifall.)

**Abg. Glattfelder (Zeit.)**: Wir machen uns mit der Furcht vor den Jesuiten vor dem Auslande lächerlich. Die Liberalen sollten doch so wahrhaftig freibeitlich sein, für die Aufhebung des Jesuitengesetzes zu stimmen. Bravo! im Zentr. — (Lachen bei den Liberalen.)

**Abg. Hoffmann (Soz.)**: Wie kann der Minister Erklärungen für die Zukunft abgeben, er hat genug zu tun, sich in der Gegenwart zurechtzufinden. (Beifall.) Für das Zentrum wäre eine Jesuitendeckelung eine Freude, laßt man denken, die Jesuiten hätten Herrn von Campe bestochen, daß er damit anfangt. Wir sind bekanntlich für Aufhebung des Jesuitengesetzes als eines Ausnahmegesetzes. Aber wenn Herr Glattfelder von Freiheit spricht, mag er erst einmal dafür sorgen, daß diese Liebe zur Freiheit auch in der Wahlrechtsfrage bestätigt wird. (Sehr gut! bei den Soz.) Uebrigens ist es doch sonderbar, daß Zentrum will die Jesuiten hereinlassen, damit sie uns Sozialdemokraten bekämpfen und die Nationalliberalen haben Angst vor ihnen! (Litt. u. Beif. bei den Soz. u. i. Str.)

**Abg. Dr. von Campe (natl.)**: Zentrum und Sozialdemokratie Hand in Hand. Ich gratuliere zu den neuen Freunden! (Lachen im Zentrum und bei den Soz.) Die ausweichende Antwort des Ministers zeigt, daß die Regierung in der Jesuitenfrage nichts tun will.

**Abg. Hoffmann**: Gegen Ausnahmegeetze und für Freiheiten gehen wir mit jeder Partei zusammen. Das Volk will, daß dem Zentrum das Agitationsmittel der Jesuitenfrage endlich aus der Hand genommen werde.

Freitag 11 Uhr Weiterberatung.  
Schluß 4 1/2 Uhr.

**Schlesien, Posen und Nachbargebiete.**

**Wrieg, 4. April.** In den Tod getrieben. Um den fortgesetzten Mißhandlungen ihres Stiefvaters zu entgehen, suchte das dreizehn Jahre alte Schulmädchen Martha Brandt den Tod in den Fluten der Oder. Von gut unterrichteter Seite wird uns folgendes mitgeteilt. In der Fischerstraße 51 wohnt der Arbeiter Wieschel, dessen Frau ein uneheliches Mädchen in die Ehe brachte. Dieses Mädchen wurde von ihrem Stiefvater häufig geschlagen. Der Vormund des Kindes nahm dasselbe zu Ostern aus der Gewalt des rabiaten Stiefvaters und gab es zu einem Knaben. Da der Arbeiter Wieschel, ein gesunder kräftiger Mann, der Arbeit gern aus dem Wege geht und es ihm um die Alimientengelder ging, mißhandelte er sogar den Knaben des Mädchens, seinen Schwager. Auch die Mutter drohte ihr Kind wieder zurückzubolen. Es ist daher unzweifelhaft anzunehmen, daß Martha Brandt nur aus Furcht vor Mißhandlungen den verzweifelten Schritt unternommen hat. Sie entfernte sich am Mittwoch aus der Wohnung ihres Knaben unter dem Vorwande, zu ihrem Vormund gehen zu wollen, kehrte aber nicht mehr zurück. In der Dunkelstunde, kurz nach 7 Uhr abends, beobachteten Spaziergänger der Oberpromenade ein größeres Schulmädchen, das plötzlich die Treppe in der Nähe des Tempelplatzes hinabstürzte und sich ins Wasser stürzte. Dieser Vorfall wurde bald der Polizei gemeldet und derselben ein am Ufer gefundener Strohhut übergeben. Am Donnerstag früh wurde die Leiche des Mädchens durch einen hiesigen Fischermeister geborgen, polizeilich beschlagnahmt und nach der alten Krankenanstalt in der Fischerstraße gebracht. Gegen den rabiaten Stiefvater schwebt bereits ein Verfahren wegen Mißhandlung seines Schwagers und seiner Stiefkinder.

**Wrieg, 3. April.** Stadiverordneten-Sitzung. Am Montag fand eine außerordentliche Sitzung der Stadiverordneten statt. Für die Fiskalerei im Oktober Wafel muß der Fiskus eine Abschlagszahlung von 4000 Mk. zahlen. Dieser Betrag wird für die bei dem Wasser an Pacht für 1200 Mk. gezahlt. Die Abschlagszahlung ist mit der Abschlagszahlung einzurechnen. Der verordnete Fiskalbeamte Herr Wafel wurde eine jährliche Rente von 180 Mk. bewilligt. Des Weiteren wurde ein Antrag auf Erhöhung der Strafe von 1000 Mk. für den Fall, daß ein Hund nicht wieder gefasst wird, wird der Bau

schlittelinienplan geändert. Die Niederschlagung von 68 Mark Adressen und 18,80 Mk. Verwaltungsstellen wurde für später zurückgestellt. Es soll versucht werden, das Geld auf administrativem Wege beizutreiben. Hierfür wurde noch Herr Medizinalrat Dr. Uchinsky der Ehrenbürgerbrief festerlich überreicht.

**Wanzen, 4. April.** Landtagswähler! Die Urwählerlisten zur Landtagswahl liegen am 10., 11. und 12. April im Magistratsbureau während der Dienststunden öffentlich aus. Einwendungen sind innerhalb der drei Auslegungstage zu machen. Genossen verläumt es nicht, die Listen einzulegen, denn wer nicht in der Liste steht, geht seines Wahlrechts verlustig.

**Wohlan, 4. April.** Der Bahnbau Wohlan-Deubus wird in nächster Zeit von beiden Enden in Angriff genommen werden; mit dem Grunderwerb ist bereits begonnen worden.

**Görlitz, 4. April.** Einen Selbstmordversuch unternahm Mittwoch mittags gegen 11 1/2 Uhr eine junge Frau, die ein dreijähriges Mädchen bei sich führte, in der Nähe des Jägerwäldchens. Die Frau sprang dort mit dem Kinde in die Meise. Durch glückliche Aufmerksamkeit der Passanten, gelang es mehreren Radfahrern, Mutter und Kind, die beide schon bewusstlos geworden waren, zu retten. Die angelegten Wiederbelebungsversuche waren von Erfolge. Mutter und Kind wurden hierauf ins Krankenhaus übergeführt. Die Frau stammt aus Meerane i. S. und soll geküpert haben, mit ihrem Manne in Scheidung zu leben.

**Glogau, 4. April.** Die Frühjahrskontroll-Versammlungen finden am 19. April, 9 Uhr vormittags in Glogau im Schützenhause für die Ortschaften Beutzig, Betschau, Prosta, Vorkau, Gurau, Gutschütz, Mobsau, Rohms, Siedlitz, Scharpau, Schöln, Woißschau, Weidisch und Jerkau für alle Wassen der Jahrgänge 1905 bis 1912, der Land- und Seewehr 1. Aufgebots aller Wassen der Jahrgänge 1900-1904 mit Ausnahme der Mannschaften, die vom 1. April 1901 bis 30. September 1901 eingetretten sind. Alle Ersatzpersonen der Jahrgänge 1900-1912, sowie sämtliche zur Disposition der Ersatzbehörden entlassenen Mannschaften. Am 19. April, 4 Uhr nachmittags, die vorderen Mannschaften der Ortschaften Klein-Görlitz, Jätsch, Kattisch, Lerchenberg, Rauschwitz, Passer, Klein-Vorwerk, Groß-Vorwerk und Jerkau. Am 21. April, 9 Uhr vormittags in Glogau, die in Glogau wohnhaften kontrollpflichtigen Mannschaften aller Wassen einm. Ersatzreserve der Jahrgänge 1900-1903, mit Ausnahme derjenigen, die vom 1. April bis 30. September 1901 eingetretten sind; -- am 21. April, 1 Uhr nachmittags, die vorderen Mannschaften und Ersatz-Reservisten der Jahrgänge 1904 bis 1907. Ferner am 22. April, 4 Uhr nachmittags, die Jahrgänge 1908-1912 nebst Ersatz-Reservisten. Die anderen Ortschaften im Kreise haben ihre Kontrollversammlungen am Orte selbst ab!

**Glogau, 3. April.** Die Oriskrankenklasse der Gewerbebetriebe in die über die jährliche Generalversammlung ab. Die Klasse hat 1818 Mitglieder in 497 Betrieben, davon waren 440 Mitglieder mit 8721 Tagen krank. Geblieben sind 8 Mitglieder. Die Einnahmen betragen 27.679,29 Mark; die Ausgaben 27.618,25 Mark, jedoch ein Bestand von 6104 Mark übrig bleibt. Der neue Tarif, der bereits am 1. April 1913 in Kraft tritt, wird nach dem Veranschlagte für 1903 Mark mehr ergeben. Außerdem sind noch die einzigen Kranken-Gebühren nach § 4 des Tarifes zu erheben. Das ist nun der Schaden, den diese Klasse von dem Nichtzusammenschluß mit den anderen Klassen zu einer gemeinsamen Krankenkasse zu tragen hat. Jetzt ist es freilich zu spät.

**Göhran, 4. April.** Wer hat recht? In der Vertretung des Freiherrn v. Stosch-Groß-Bierfeldt geht uns von unserem Mitarbeiter folgendes zu: Der die Rekrutierung des Herrn v. St. geleitet hat, wird wohl einermassen erlaubt gewesen sein, daß der Herr General erst nach drei Monaten von der fraglichen Rekrutierung erfahren haben soll. Aber diese Tatsache zugegeben, kann jemand im Ernst glauben, daß bei einem Bestand von 550 Schafen 331 Stück davon verschwinden können, ohne eine Spur zu hinterlassen? Nach Rücksprache mit dem entlassenen Schäfer -- und wenn die er nachweislich unethisch wäre, hätte er wohl schwerlich bei einem Standesgenossen des Herrn v. St. andererseits Stellung erhalten -- befreit er dieselbe anstehen die ihm zur Last gelegten Verleumdungen. Etwas des „Fehlens“ der ersten sechs Schafe in den achtziger Jahren -- zu die er Zeit war an den jetzigen Schäfer noch nicht zu denken -- erinnert sich der Schäfer, daß einmal während der Erneuerung eines Schafstalles drei Schafe während der Nacht verschwinden seien, man nahm aber die Schafe an, daß dieselben entwendet worden seien oder selbst die Freiheit gefunden hätten. Ein Verstoß wurde dem Schäfer auch damals nicht zur Last gelegt. Und was gar die 231 fehlenden Tiere anlangt, über welche er ebenfalls keine Auskunft geben konnte, so dürfte wohl für dieselbe Rekrutierung abgewandt haben, wie mit den 46 im September 1912 abhandelt gekommenen Schafen. Es ist doch anzunehmen, daß hier ein Schreiber oder Rekrutierer eines anderen vorgelegen hat, für der der arme Schäfer gehalten muß. Seine Entlassung stellt dieser selbst auch so dar, wie sie von uns damals geschildert wurde. Vom General selbst sei ihm nicht gekündigt worden, vielmehr habe der Inspektor am 1. Oktober gesagt, der Herr General wolle ihn kündigen, er -- der Inspektor -- werde aber nochmals mit dem Herrn konflikt sprechen. Der Entlassene konnte somit die Kündigung nicht ernst nehmen, und daher erklärte sich auch seine Ueberzeugung, daß ihm Silvester 1912 der Stuhl vor die Tür gesetzt wurde. Richtig ist ja, daß ihm noch auf einige Tage „eine Stube zum Wohnen“ überlassen wurde. Im übrigen soll der Schäfer selbst darauf gedrungen haben, ihm vor Gericht seine Unrechtheit zu beweisen.

**Göhran, 2. April.** Große Parade. Man muß es unseren Jüngern lassen: sie verstehen es aus dem H, dem Publikum Sand in die Augen zu streuen, um dasselbe von der Wirklichkeit abzulenken. Der gestern die ungezählten Gais- und Kulis- und Leiterwagen, nebenbei auch eine große Anzahl Autos beobachtete, dessen lebender Inhabt dem konservativen Versammlungslötkale zustrebte, der konnte entnehmen, daß es sich vielleicht um etwas „Großes“ handeln müßte. Aus meistentheils Dörfern hatten die Herren ihre untergeordneten Organe, als da sind: Inspektoren, Adigte, Lehrer, Gemeindevorsteher und auch eine Masse willensloser Gutsarbeiter, herbeigeschleppt, um den Saal zu füllen. Aus der Stadt hatten sich eine Anzahl weniger eingekauft, aber diejenigen, die gern „gesehen“ werden möchten, damit ihr Patriotismus nicht bezweifelt werden könnte. Rehaer waren der Schornsteinfeger-Obermeister Conrad, der Landtagsabgeordnete v. Gohler und der Parteiführer Rietz aus Zschopau, die abwechselnd ihren nicht sehr erlauteten Juchern politische und wirtschaftliche Lehren zu geben versuchten. Es erübrigt sich wohl auch, zu sagen, daß der Vorstehende des konservativen Vereins, v. Gohler, ohne Widerspruch die Kandidatur wieder angetragen erhielt und selbstverständlich auch annahm. Denn wer sollte neben dem feudalen Junker v. Gohler besser die Interessen seiner Klasse im Parlament vertreten, als der schillerreiche Landrat a. D. ? Wie immer bei diesen konservativen Versammlungen, waren nur „konservative Männer“ eingeladen. Nur immer häufiger mit den Schöpfen „unter sich“. Schnaps und Rigaren mögen dann nach der Heimkehr für die gebotenen Umstände, als Statuten gebient zu haben, einschlägigen.

Weiter gibt es gerade hier noch eine große Anzahl Arbeiter, die über diesen Leuten nachdenken, daß sich mit ihresgleichen zu bereinigen, und für menschenwürdige Zustände, auf daß es dereinst besser werde, einzusetzen.

**Posen, 2. April.** Die Probe aufs Exempel. Im Posener „Tageblatt“ appelliert ein Dr. de Robert-Jessen an die Patrioten, die einmalige Heeresabgabe schon jetzt freiwillig zu entrichten. Er schreibt u. a.: „Um nun diese Vermögensabgabe dem Parteigänger zu gleichen, was doch wohl bei der Verabschiedung des Gesetzes ziemlich sicher zu erwarten ist, wäre es am besten, wenn die durch das Gesetz zu erwerbenden Beiträge schon vor der Beschlußfassung des Parlaments freiwillig zur Verfügung gestellt wären. Ein solches Verfahren würde die beste Befolgung des Beispiels unserer Vorfahren vor hundert Jahren sein und am meisten dem Kaiserworte, daß auch das Jahr 1913 ein Opferjahr sein möge, entsprechen. Dieser Weg würde auch allen denen eine Beteiligung ermöglichen, deren in dem Gesetz aus irgendwelchem Grunde nicht gedacht ist. Dem Gesetz würde dann nur noch die Aufgabe bleiben, die zu treffen, die in der Erfüllung ihrer vaterländischen Pflichten sich lässig gezeigt haben.“

Man darf wohl annehmen, daß alle wahren Patrioten jetzt freudig in die Tasche greifen und ihr Opfer auf dem Altar des Vaterlandes darbringen.

**Aus Oberschlesien.**

**Katowice, 4. April.** Ueber den verurteilten ober-schlesischen Räuber Elias, der seit 1876 im hiesigen Zuchthause saß und, wie wir schon kurz berichteten, am Dienstag gestorben ist, schreibt der „Oberschlesische Anzeiger“ noch folgendes: Am Tage nach seinem 68. Geburtstag ist in der hiesigen Strafanstalt der ehemalige Ziegelmeister Vinzenz Elias, gebürtig aus Malino (Kreis Oppeln), nach 37 Jahren langer Haft gestorben. Elias wurde am 6. Mai 1876 vom Schwurgericht Weuthen nach dreizehntägiger Verhandlung wegen Mordes in zwei Fällen, Raubes und versuchten Raubes, wegen 22 schwerer Diebstähle und versuchter schwerer Diebstähle zum Tode und zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Den einen Mord hatte er in Katowice bei einem Einbruch in die v. Tiele-Windlerschen Kassen des dortigen Knappschaftsbereins verübt. Bei diesem Einbruch fielen der Bande an 10.000 Taler in die Hände. Als einer der Spießgesellen des Elias, der nicht an dem Einbruch beteiligt war, der polnische Ueberläufer Walknowski, einen Anteil an der Beute verlangte, wurde er von Elias und seinem Spießgesellen Piskulla ermordet. Den zweiten Mord hat Elias in Antoniewitz verübt. Er hat auf Anstiften der verurteilten Frau Koslowski Mord der Ehefrau erschossen. Hierbei hat ihm der Bergmann Kolafinski beigegeben. Die übrigen Verbrechen betrafen schwere Einbrüche in den verschiedensten Orten von Oberschlesien, wobei der Bande bares Geld und Wertgegenstände im Gesamtwerte von 100.000 Talern in die Hände fielen. Die Bande war damals durch lange Zeit hindurch der Schrecken Oberschlesiens, bis es schließlich gelang, sie hinter Schloß und Riegel zu bringen. Zusammen mit Elias standen vom 22. April bis zum 6. Mai 1876 nicht weniger als dreißig Angeklagte vor dem Schwurgericht Weuthen OS., und zwar neunzehn Männer und elf Frauen. Ueber Elias wurden nach der bereits genannten Kolafinski und die Frau Koslowski Mord zum Tode und zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt. Die übrigen Angeklagten, bis auf drei Frauen, die freigesprochen wurden, erhielten Zuchthausstrafen von 2 bis 15 Jahren bezw. Gefängnisstrafen von 1 bis 3 Jahren. Piskulla war bereits im Sommer 1875 vom Schwurgericht Weuthen zum Tod und zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Er wie die beiden anderen zum Tode verurteilten Männer und Frau Mordel wurde zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. Letztere kam in die Strafanstalt in Jauer, Elias, Piskulla und Kolafinski in die Katowicer Strafanstalt. Piskulla, der hier die Nahrungsaufnahme verweigerte, so daß ihm diese schließlich mit Gewalt eingeführt werden mußte, starb bereits nach zwei Jahren. Auch Kolafinski ist bereits vor langen Jahren gestorben. Elias aber erwies sich als eine harte Natur. Erst vor zwei Jahren drach er zusammen und befand sich seit dieser Zeit im Lazarett der Strafanstalt. Bis zu seinem bölligen Zusammenbruch soll er sich noch mit Ausbruchsgedanken getragen haben.

**Ober-Glogau, 4. April.** Unglücksfälle. Die jungen Söhne der Ackerbürger Alexander Schneider und Bella wurden in einer Kiesgrube von einer einfallenden Wand verschüttet und konnten nur als Leichen geborgen werden.

**Königsbütte, 4. April.** Glend umgekommen. Der seit langer Zeit beschäftigungslos Franz Strofa aus Meudorf, Walwörter-Kolonie, ist auf der Halde der Liebes-Bütte in Antoniewitz erstickt aufgefunden worden. Strofa hat sich seit mehreren Monaten um seine Frau und die Kinder nicht mehr gekümmert.

**Schlesiengrube, 4. April.** Die Genickstarre hat in der Familie Kunde, Schlesiengrube, Einkehr gehalten. Ein Opfer, die Ehefrau, ist ihren Leiden bereits erlegen.

**Sipow, 4. April.** Das Messer! Am Dienstag spielte sich in einem hiesigen Schanklokal eine entsetzliche Szene ab. Der 19jährige Grubenarbeiter Koniegny geriet mit dem 21jährigen Grubenarbeiter Lein in Streit, in dessen Verlaufe der Arbeiter Koniegny sein Taschenmesser zog und seinen Kollegen niederstach. Lein ist tot. Koniegny wurde dem Weuthener Gerichtsgefängnis zugeführt.

**JUNO**  
2 Pfg.  
QUALITÄTS CIGARETTE  
Josef







